

Wortprotokoll 9. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2019/2023
21. Legislaturperiode

Donnerstag, 1. Oktober 2020, 19.00 Uhr
im Dreispitz Sport- und Kulturzentrum, Kreuzlingen

Anwesend	37 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Engeli, GR Lauber, GR Merk
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GRP Alexander Salzmann
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Stefanie Gfeller

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Juni 2020
2. Protokoll der Sitzung vom 2. Juli 2020

Einbürgerungen gemäss Beilage

3. Al-Farhani geb. Al Naemi, Rua
4. Cox geb. Burger, Margarethe
5. Egle, Wilfried / Thomas-Egle, Sabine
6. Holewa, Johannes / Holewa, Emil / Holewa, Anniina
Gemeinderat Urs Wolfender befindet sich im Ausstand
7. Jackwerth, Jens
8. Lujic, Dragoslav / Lujic, Laura
9. Regenscheit, Nadja
10. Schefner, Stefanie
11. Schinke, Tilo / Schinke, Radmila
12. Sika, Alexander
13. Slowik, Johanna

14. Tahiri, Xhejlane
15. Thiele, Manuela / Jackwerth, Elena / Jackwerth, Linda

Botschaften

16. Budget 2021 Stadt Kreuzlingen
17. Baurechtsvertrag mit der Wohnbaugenossenschaft Region Kreuzlingen für ein genossenschaftliches Wohnbauprojekt auf den Parzellen Nrn. 5115 und 6631 an der Rieslingstrasse
Gemeinderäte Ramona Zülle und Cyrill Huber befinden sich im Ausstand
18. Totalrevision des Reglements der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Kreuzlingen

Verschiedenes

19. Schriftliche Anfrage "Wie weiter mit der Plakatflut in Kreuzlingen" / Beantwortung
20. Verschiedenes

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Der Ratspräsident: Sehr geehrte Gemeinderäte, sehr geehrter Stadtrat, liebe Einbürgerungswillige, liebe Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur 9. Gemeinderatssitzung der 21. Legislaturperiode des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen. Am 3. September fiel die Gemeinderatssitzung mangels Traktanden aus, stattdessen hatten wir eine schöne Führung durch den Wald mit einem anschliessenden Essen. Ich möchte es nicht unterlassen, euch für eure sehr zahlreiche Teilnahme trotz Corona zu danken. Auch den Leuten, die im Vorfeld und auch danach massgeblich zum Gelingen beigetragen haben. Eure Anwesenheit, auch wenn es vorweg kein Sitzungsgeld gab, war für mich eine grosse Wertschätzung und eine grosse Ehre. Es hat mich wirklich sehr berührt. Vielen Dank.

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Juni 2020

GR Pleuler: Ich habe zwei kleine Korrekturen, die sonst den Sinn des Protokolls entstellen. Auf Seite 191 bzw. 13 des PDF-Dokuments: Dort müsste es heissen "Mit einer allgemeinen Anregung kann unserer Meinung nach ein Volksentscheid nicht einfach automatisch rückgängig gemacht werden." Nicht "abhängig". Auf Seite 192 auf der fünften Linie müsste es heissen: "[...] dafür stimmen, dass sie ungültig ist" Und nicht "gültig". Das ist eine sehr wichtige Differenz, etwas Kleines, aber man sollte es trotzdem ändern.

Abstimmung

Das Protokoll wird mit der gewünschten Korrektur mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. Protokoll der Sitzung vom 2. Juli 2020

Abstimmung

Das Protokoll wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

3. Al-Farhani geb. Al Naemi, Rua

Entscheid

Al-Farhani geb. Al Naemi, Rua wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Cox geb. Burger, Margarethe

Entscheid

Cox geb. Burger, Margarethe wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Egle, Wilfried / Thomas-Egle, Sabine

Entscheid

Egle, Wilfried / Thomas-Egle, Sabine wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Holewa, Johannes / Holewa, Eemil / Holewa, Anniina
Gemeinderat Urs Wolfender befindet sich im Ausstand

GR R. Herzog: Im Zusammenhang mit diesem Einbürgerungsgesuch möchte ich die Einbürgerungskommission darauf aufmerksam machen, dass im entsprechenden Schreiben mindestens zwei Daten falsch sind.

Entscheid

Holewa, Johannes / Holewa, Eemil / Holewa, Anniina wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen mit 29 Nein-Stimmen gegen 6 Ja-Stimmen nicht erteilt.

7. Jackwerth, Jens

Entscheid

Jackwerth, Jens wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

8. Lujic, Dragoslav / Lujic, Laura

Entscheid

Lujic, Dragoslav / Lujic, Laura wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

9. Regenscheit, Nadja

Entscheid

Regenscheit, Nadja wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

10. Schefner, Stefanie

Entscheid

Schefner, Stefanie wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

11. Schinke, Tilo / Schinke, Radmila

Entscheid

Schinke, Tilo / Schinke, Radmila wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

12. Sika, Alexander

Entscheid

Sika, Alexander wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

13. Slowik, Johanna

Entscheid

Slowik, Johanna wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

14. Tahiri, Xhejlane

Entscheid

Tahiri, Xhejlane wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

15. Thiele, Manuela / Jackwerth, Elena / Jackwerth, Linda

Entscheid

Thiele, Manuela / Jackwerth, Elena / Jackwerth, Linda wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Ihnen wird hiermit das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen als zweiten von insgesamt drei Schritten der Einbürgerung verliehen. Das kantonale steht Ihnen noch bevor. Im Namen des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen gratuliere ich Ihnen zum Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen. Ich glaube, das ist ein ganz grosser Applaus wert.

Botschaften

16. Budget 2021 Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch

GR Dufner, Sprecher FRK: Ich darf über die zwei FRK-Sitzungen berichten, die wir am 10. und am 17. September durchgeführt und in denen wir das Budget sowie den Finanzplan beraten haben. Zum Budget möchte ich nur drei Zahlen sagen. Wir haben ein Budget, das einen Aufwandüberschuss von

CHF 2.8 Mio. ausweist, dies bei geplanten Nettoinvestitionen von CHF 25.8 Mio. und einem Selbstfinanzierungsgrad von knapp einem Achtel. Ich möchte die grössten Positionen bei den Abweichungen zum Budget 2020 in Erinnerung rufen. Steuereinnahmen bei juristischen Personen CHF -2.7 Mio., bei den natürlichen Personen rund CHF -0.7 Mio. und bei den Vermögenssteuern bei natürlichen Personen CHF -0.1 Mio. Es ist klar, die Corona-Situation hinterlässt Spuren. Sie hinterlässt Spuren bei den Steuereinnahmen, auch bei den natürlichen Personen. Das ist logisch, wenn man sich vor Augen hält, dass viele Leute Kurzarbeit hatten und damit natürlich nur 80 % Lohn erhalten haben und somit auch weniger Lohn versteuern können und müssen. In Erinnerung zu rufen ist aber auch, dass im Budget 2021 die ganzen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Sozialkosten noch nicht eingerechnet sind. Das wird sich erst mit einer gewissen Verschiebung niederschlagen. Der Budgetprozess 2021 war bei dieser Ausgangslage anforderungsreicher als in den vergangenen Jahren. Einerseits für den Stadtrat sowie für die Verwaltung, welche schauen mussten, wie die Ausfälle auf der Ertragsseite auf der Aufwandseite zumindest teilweise eingespart werden können. Aber auch in der FRK hatten wir viel intensivere und umfangreichere Diskussionen als in den Vorjahren. Dies wird sich auch darin niederschlagen, dass ich heute Abend länger spreche als in den Vorjahren, wenn es um das Budget ging. Einen Punkt, den wir in der Kommission besprochen haben, war im Zusammenhang mit den Investitionen. Wir haben die Mitsprache bei den Investitionskrediten besprochen. Bei der Investitionsübersicht auf Seite 9 und 10 des Budgets gibt es *1 = Volksabstimmung, *3 = Botschaft an den Gemeinderat. Aus Sicht der FRK gibt es Investitionskredite, bei denen wir möchten, dass sie entweder vors Volk kommen oder zumindest im Gemeinderat besprochen werden können. Es geht hier auch um zwei Sachen, die wir früher schon einmal besprochen haben, nämlich einerseits die Veloanlage beim Hafen, andererseits um das WC beim Spielplatz. Da haben wir im Gemeinderat bereits gesagt, es muss *3 haben, das ist nun fälschlicherweise in den Budgetunterlagen noch nicht so ausgewiesen, wird aber noch korrigiert. Die Sanierung der Löwenstrasse wurde mit *1 versehen, die Umnutzung des RAZ mit *3. Intensive Diskussionen gab es zum Stellenetat. Wir haben festgestellt, dass im Stellenetat die befristeten Stellen gar nicht ausgewiesen sind. Im Rahmen dieser Diskussion gelangten wir zur Lösung, dass man es in Zukunft so macht, dass man befristete Stellen, die Ende Jahr noch existieren, inskünftig ausweist. Diskussionen gab auch der Antrag für die neue 60 %-Stelle im Zusammenhang mit dem Alterskonzept. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Aufgabe in Weinfelden von Pro Senectute erfüllt wird, und zwar mit einer Abgeltung eines Pauschalbetrags von CHF 30'000. Man hat das Gefühl, dass man das auch in Kreuzlingen mit Pro Senectute machen könnte, statt, dass man eine neue Stelle schafft. Vom zuständigen Stadtrat wurde darauf hingewiesen, dass es darum geht, dass wir eine Beratungsperson haben, die nicht von einer externen Organisation kommt, sondern von der Stadt und somit auch eine grössere Neutralität hat. Der gestellte Streichungsantrag für diese Stelle wurde im Rahmen der FRK bei 3 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen abgelehnt. Eine weitere neue Stelle im Umfang von 50 % ist im Bereich Bauinspektor Hochbau beantragt. Auch dies löste intensive Diskussionen aus. Es wurde darauf hingewiesen, dass wir heute für Baugesuche eine Bearbeitungsdauer von 4-6 Monaten haben und dass man deshalb und auch zur Überprüfung der Bauvorhaben diese Stelle brauche. Dabei geht es um die Kontrolle, ob so gebaut wurde, wie im Baugesuch eingegeben und wie die Bewilligung erteilt wurde. Vom Leiter der Bauverwaltung Michael Schmidt haben wir gehört, wie die Situation in Frauenfeld ist. Er hat von Frauenfeld nach Kreuzlingen gewechselt und kennt die entsprechenden Zahlen. In Frauenfeld ist es so, dass bei etwa gleich vielen Baugesuchen 420 Stellenprozente da sind, die durch 6 Personen ausgefüllt werden, in Kreuzlingen haben wir 250 Stellenprozente mit 2-3 Personen. Der gestellte Streichungsantrag dieser Stelle wurde mit 4 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei Stichentscheid des FRK-Präsidenten abgelehnt. Weiter haben wir den geplanten Steg im Hörnli diskutiert. Dieser befindet sich in der Position 3411 mit CHF 850'000. Es geht um eine Reduktion der Unfallgefahr auf den heute sehr glitschigen Betonplatten. Auch wurde festgehalten, dass während der Corona-Zeit viel mehr Leute da sind und den Seezugang sowie die Badi aufsuchen. Der Streichungsantrag wurde mit 4 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen abgelehnt. Eine Frage wurde zu Fit21 – TKB-Park gestellt. Die TKB machte eine Spende zur Installation der Spielgeräte. Im Investitionsbudget gibt es einen Betrag von CHF 250'000, womit die Umgebung mit den Wegen sowie drei zusätzliche Spielgeräte finanziert werden sollen. Die Löwenstrasse wird wie bereits erwähnt mit *1 versehen. Die FRK wird hierzu einen Antrag stellen. In

der FRK wurde dies mit 6 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen so bestimmt. Es kam auch der Hinweis, dass es sich um ein Vorhaben grösser als CHF 2 Mio. handelt und man deshalb der Meinung ist, man solle das nicht einfach über das Budget genehmigen. Im Zusammenhang mit dem Tourismusgebäude haben wir im Budget einen Kredit von CHF 700'000 für das Hafenmeistergebäude. Der Stadtpräsident konnte uns darüber orientieren, dass man eine andere, bessere und auch kostengünstigere Lösung gefunden hat, indem man das Hafenmeisterbüro in der alten Badi unterbringen kann. Der Antrag des Stadtpräsidenten wurde einstimmig gutgeheissen. Es ist logisch, dass auch die Abschreibung im Umfang von CHF 18'000, die für das Hafenmeistergebäude vorgesehen war, nicht mehr notwendig sein wird. Bezüglich Veloabstellplätzen und WC-Anlage beim Spielplatz hat der Gemeinderat schon früher bestimmt, dass es eine Botschaft geben soll. Von SR Zülle wurde darauf hingewiesen, dass die beiden Positionen zwischenzeitlich angepasst wurden, weil jetzt das Hafenmeistergebäude nicht kommt, sondern in der alten Badi untergebracht werden kann und es dadurch günstiger werde und daher nicht sinnvoll sei, eine Botschaft zu machen, weil dies auch mit Aufwand und Kosten verbunden sei. Die FRK war in der Abstimmung allerdings der Meinung, dies habe der Gemeinderat so gewünscht, daher wurde es mit 5 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen so belassen. Im Zusammenhang mit der Umnutzung des RAZ wurde mit 5 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, es mit *3 zu versehen, damit der Gemeinderat sieht, was dort geplant ist und auch mitreden kann. Weiter wurde die Sanierung der Promenadenstrasse Ost diskutiert. Es geht darum, dass man den Fussweg, der früher einmal in einem Gesamtprojekt drin war entlang dem See, wobei die Botschaft vom Gemeinderat zurückgewiesen wurde, jetzt im Budget ausführen möchte. Auch hier kam ein Streichungsantrag, der bei 4 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen durch Stichentscheid des FRK-Präsidenten abgelehnt wurde. Bei einer Frage zur Beilage A im Zusammenhang mit der Post, die jetzt extern und nicht mehr durch die Stadt gemacht wird, wurden wir darauf hingewiesen, dass die interne Post jetzt durch einen Mitarbeiter der Technischen Betriebe Kreuzlingen gemacht wird. Weil es getrennte Rechnungen sind, bezeichnet man es als "extern", es bleibt aber im Rahmen der Stadt. Im Zusammenhang mit den Baurechtszinsen wurde diskutiert, dass man wie bei den subventionierten Mieten sowie Beiträgen, die man an Vereine bezahlt, zur Transparenz auch im Rahmen der Baurechtsverträge wissen möchte, welche Baurechtsverträge subventioniert sind und welche Baurechtsverträge marktkonforme Baurechtszinsen haben. Diese Informationen werden wir 2021 erhalten. Zu den Zusatzräumen im Schiesser gab es einen Streichungsantrag. Dort ist vorgesehen, dass wir CHF 46'000 zusätzlich im Budget haben, weil man einen Raum, der frei wurde und vorher extern vermietet war, ebenfalls den Kulturvereinen überlassen möchte. In der Diskussion gab es die Meinung, dass nächstes Jahr eine Botschaft kommt und man zuwarten solle, bis man dann anhand der Botschaft weiss, wie es laufen solle. Dabei fiel auch das Stichwort Salamiaktik. Der Streichungsantrag wurde bei 3 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen abgelehnt. Diskutiert wurde auch das Garderobengebäude bei der Bodensee-Arena. Dort wurde darauf hingewiesen, dass der Betrag von CHF 50'000 für die Umgebung genutzt werden soll, weil es der richtige Zeitpunkt sei, mit dem Garderobengebäude gleichzeitig die Umgebung mit den Wegen bis zu den Parkplätzen zu machen. Der Streichungsantrag wurde mit 1 Ja-Stimme gegen 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Im Zusammenhang mit dem Naturinventar gab es einen Antrag auf Reduktion beim Massnahmenplan Biodiversität. Der entsprechende Motionär Guido Leutenegger beantragte, den Kredit von CHF 45'000 auf CHF 15'000 zu reduzieren, weil er der Meinung ist, die Aufgabe könne von der Stadt selber ausgeführt werden. Die Motion sei nicht davon ausgegangen und es sei nicht das Ziel gewesen, Geld für Planungen auszugeben, sondern für die Umsetzung. Dieser Reduktionsantrag wurde von der FRK mit Freuden entgegengenommen und mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Beim Streichungsantrag zur Position Projektsteuerung Energieplanung von CHF 46'000 konnte man uns nicht genau Auskunft geben, um was es geht, deshalb wurde der Streichungsantrag mit 4 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Dasselbe bei anderen Positionen, wo man fragte, für was etwas ist. Es geht um Subventionen im Zusammenhang mit dem GEAK, auch dort konnte man uns in der FRK-Sitzung keine Auskunft geben. Ein Antrag auf Reduktion auf Niveau Budget 2020 wurde mit 4 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Auf die Frage, warum der Beitrag der Stadt beim Fantastical höher sei, wurden wir in-

formiert, dass die frühere Beitragszahlung durch die Technischen Betriebe nicht mehr gesprochen werden könne, weil man aus gebührenfinanzierten Geldern solche Unterstützungen nicht finanzieren darf. Weil es aus Steuergeldern finanziert werden muss, gehört es ins ordentliche Budget der Stadt. Das Budget wurde am Schluss von der FRK mit 7 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zuhanden des Gemeinderats zur Verabschiedung empfohlen im Sinne des vom Stadtrat gestellten Antrags und mit den soeben erwähnten Änderungen, welche ich zu gegebenem Zeitpunkt in der Detailberatung für die FRK stellen werde. In der Sitzung vom 10. September liessen wir uns über die Situation der Bodensee-Arena orientieren, insbesondere auch im Licht der Corona-Situation. Wir wurden von Herrn Mölleneu informiert, dass man wahrscheinlich mit einem blauen Auge aus dem Jahr 2020 herauskommen könne, da sie auch auf der Aufwandseite Einsparungen machen konnten. Beim Forecast wird ein Defizit für das laufende Jahr in der Höhe von rund CHF 3 Mio. erwartet, welches auch für 2021 budgetiert wurde. Dies ist insbesondere auch auf die massiven Steuerausfälle zurückzuführen, welche für 2020 teilweise voraussehbar, aber im Budget nicht eingerechnet waren. Man wusste, dass wir aus der Steuergesetzrevision bei den juristischen Personen jährlich rund CHF 1.7 Mio. weniger Steuererträge haben, bis sich das ausgeglichen hat. Wir haben auch den Finanzplan angeschaut und diskutiert und am Schluss zur Kenntnis genommen.

GR Portmann: Auch wir in der FDP/CVP/EVP-Fraktion haben das Budget sehr intensiv diskutiert. Wir haben natürlich den Vorteil, dass der FRK-Präsident bei uns im Gremium sitzt und somit wurden wir bestens über alle Details informiert. Die Abstimmung fiel sehr spannend aus, weil wir eine sehr grosse Fraktion sind. Ich schliesse mich den Sachen an, die der FRK-Präsident erwähnt hat, auch dies wurde bei uns intensiv besprochen. Darum möchte ich auch nicht lange sprechen, denn der heutige Abend wird noch sehr lange dauern. Die FDP/CVP/EVP wird zu gegebenem Zeitpunkt mit ihren Anträgen kommen und diese stellen.

GR R. Herzog: Das deutlich schlechtere Budget im Vergleich zu den Vorjahren überrascht unsere Fraktion nicht. Die Zusatzbelastungen in verschiedenen Bereichen sind seit Längerem absehbar, ich denke da an die Pflegekosten, an den Altersbereich, aber natürlich auch an andere Bereiche wie Jugend, Bildung, Betreuung, Unterhalt Infrastruktur usw. Wir als Gemeinschaft, als ganze Gesellschaft könnte man auch sagen, haben die Verantwortung auch für die zu tragen, die selber vielleicht ein bisschen weniger beitragen können. Ich denke da eben zum Beispiel an pflegebedürftige Leute oder ältere Bewohnerinnen und Bewohner. Entscheide bezüglich Steuervorlagen aus den letzten Jahren dämmen den Spielraum für die kommenden Jahre weiter ein. Ich möchte da eigentlich gern ergänzen und noch ein bisschen einen anderen Schwerpunkt setzen, als es der FRK-Präsident gesagt hat. Er hat nämlich im Zusammenhang mit dem Budget im Wesentlichen von den Corona-bedingten Steuerausfällen gesprochen. Der Hauptanteil der Steuerausfälle im Budget 2021 im Vergleich zum Budget 2020 ist aber keineswegs Corona-bedingt, sondern Volksentscheids-bedingt. Steuervorlagen, namentlich die letzte, die dazu beitragen, dass massiv Geld fehlt, auch bei der Stadt. Hinzu kommen jetzt natürlich zugegebenermassen noch weitere Verunsicherungen und zu erwartende Steuerausfälle aufgrund der COVID-19-Pandemie. Es gilt, jetzt in dieser Situation mit Bedacht umzugehen und eine nachhaltige Entwicklung der Stadt nicht aus den Augen zu verlieren. Keine Panik, sondern eben mit Bedacht handeln. Antizyklisches Verhalten getreu dem alten ökonomischen Grundsatz, auch in schwierigen Zeiten zu investieren oder erst recht dann zu investieren, ist jetzt gefragt. Stadtrat und Gemeinderat fordern, wobei es uns ein besonderes Anliegen ist, immer beide Seiten, Ertrags- und Aufwandseite im Auge zu behalten. Unsere Fraktion ortet durchaus auch da und dort Sparpotenzial, wobei bei solchen Fragen immer im Zentrum stehen muss, was etwas unserer Stadt bzw. unserer Bevölkerung tatsächlich bringt. Echten Mehrwert oder nicht? Denn das Gemeinwesen ist wie gesagt für alle da. Bei solchen Ausgaben sind wir nicht bereit, Abstriche zu machen. Teilweise muss sich der Gemeinderat auch an der eigenen Nase nehmen. In letzter Zeit hat eine Tendenz um sich gegriffen, für alles und jedes von der Verwaltung einen Bericht, eine Botschaft, Erläuterungen und weiss ich was einzufordern, dabei sollten wir nicht vergessen, dass all das auch ein Kostentreiber ist. Oder ein bisschen zugespitzt formuliert: Braucht es tatsächlich und unbedingt eine separate Botschaft für ein WC? Gleichzeitig begrüssen wir die Aussagen

des Stadtrats, dass auch der Steuerfuss kein Tabu sein kann. Unsere Fraktion bedankt sich bei sämtlichen Verantwortlichen der Stadt für die sorgfältige Erstellung des Budgets und für den ebensolchen Umgang mit den städtischen Finanzen. Unsere Fraktion steht dem Budget wohlwollend gegenüber.

GR Hummel: Unsere Fraktion hat das Budget und den Finanzplan ziemlich intensiv und kontrovers diskutiert. Was wir schon seit Jahren predigen, ist eingetroffen. Der Tag X ist hier. Wir erzählen seit Langem, dass wir in ein strukturelles Defizit hineinlaufen. Wir haben an die Verantwortlichen appelliert, dass man jetzt wirklich einfach die Schraube anzieht, dass man sparen muss, wo man sparen kann. In diesem Budget 2021 wurden nämlich die Ausgaben für die Sozialhilfe vermutlich zu wenig berücksichtigt. Die SKOS hat letzthin einen Bericht veröffentlicht, in dem sie davon ausgeht, dass die Sozialkosten im Bereich Sozialhilfe und Asylwesen im Jahr 2021 gegenüber 2020 um 10 % steigen werden. Das ist in dieses Budget noch nicht eingeflossen. Das sind Ausgaben, die wir nicht beeinflussen können. Wir können einfach nur dort sparen, wo man freie Kapazität hat. In unseren Augen ist jetzt einfach eine Verzichtsplanung angesagt und es sind ernsthafte Massnahmen zu ergreifen, und zwar sofort und nicht irgendwann. Das heisst für uns, dass wir zumindest für das nächste Jahr nur noch die allernotwendigsten Investitionen tätigen. Das Argument, man müsse sich antizyklisch verhalten, damit das Gewerbe Arbeit habe, sticht so nicht, denn gerade die Bautätigkeit wurde vom Corona-Virus nur wenig tangiert. Im Grossen und Ganzen sehen wir den Sparwillen bei diesem Budget nicht. Und wenn wir die Reissleine jetzt nicht ziehen, kommen wir wirklich nicht aus dem "Seich" heraus. Unsere Fraktion wird in der materiellen Beratung zusätzliche Anträge stellen und die Zustimmung oder Ablehnung hängt jeweils von der Diskussion und den weiteren Beschlüssen ab.

GR Wolfender: Die FL/G-Fraktion hat das vorliegende Budget eingehend studiert und auch diskutiert. Wie es zu erwarten war, rechnet man mit einem saftigen Minus, hauptsächlich ausgelöst durch die kantonale Steuerbefreiung der juristischen Personen. Wir haben vor allem auf die Zukunft gesehen mit der zu erwartenden Schuldenlast grösste Bedenken, dass unsere Stadt finanziell in eine Schräglage geraten könnte. Das ist im Moment aber aus unserer Sicht noch kein Grund zur Panik und die realen Auswirkungen von COVID-19 wird man dann in der nächsten Rechnung und vor allem 2021 sehen. Ich gehe nicht ganz damit einig, dass in der Sozialhilfe nächstes Jahr das grösste Problem liegen wird, denn das wird vielleicht erst in zwei Jahren sein, wenn die Arbeitslosenversicherung ausgelaufen ist. Jetzt aber schon ein Streichkonzert zu veranstalten, finden wir völlig deplatziert. Wir müssen nicht jetzt unsere Einwohner strafen, die für fast 90 % der Steuern aufkommen. Aus diesem Grund sind wir einstimmig für die Annahme des vorliegenden Budgets. Die Stadtverwaltung hat schon an vielen Schrauben gedreht, damit das Budget nicht noch schlimmer aussieht.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

Seite 6, Zahlen im Überblick

GR Portmann: Vor geraumer Zeit, da müssen wir heute aber eines beachten und SR Brüllmann aus dem Rennen nehmen, vor einigen Jahren kam ein Brief von der Vereinigung Pro Senectute, welche uns ein Konzept anbot, wie Pro Senectute es auch in Weinfelden betreibt. Und zwar in Weinfelden sehr erfolgreich. Dieser Brief existiert in der Stadt Kreuzlingen, das ist mittlerweile fest dargelegt. Es geht hier um die sogenannte Altersarmut. Altersarmut ist sicher etwas Wichtiges, aber wir müssen auch gewisse Sachen beachten. Man kann natürlich von Zahlen ausgehen, die sind hochinteressant. Vor zwei bis drei Wochen wurden Zahlen publiziert, bei denen man davon ausgeht, dass man heute bei der Altersgruppe 65+ eine Altersarmut von 18.7 % hat. Man hat das untersucht. Die Caritas hat gemerkt, dass man mit den 18.7 % falsch liegt, wenn man nur das Einkommen rechnet. Aber sie haben gesagt, zusätzlich zum Einkommen über die vielen Jahre, die man gearbeitet hat, gibt es auch ein Vermögen. Ein Vermögen, das man parallel dazurechnen muss. Dann ist die Zahl sehr, sehr interessant. Dann bleiben laut Caritas Schweiz, die die Zahlen ausgewertet hat, noch 3.4 % übrig. Wir diskutieren hier über eine Stelle von 60 %, die befristet ist. Da gibt es ein Kernteam, in welchem auch Barbara Kern sitzt, wo man gesagt hat, man entwickelt das, man will das mit der Stadt Kreuzlingen zusammen aufbauen, projektiert bis 2023. Mal schauen, ob es funktioniert oder ob es nicht funktioniert. Ich schaue auch oft in die Sterne und frage: Stehe ich morgen gut auf oder stehe ich morgen schlecht auf? Ich sehe es dann

jeweils am nächsten Morgen. Ich glaube, das ist der falsche Weg. 80 % der Aufgaben, die Pro Senectute macht und in diesem Brief beschreibt, sind eigentlich Aufgabe des Abteilungsleiters der Sozialen Dienste. Und das muss man jetzt einfach einmal anschauen. Wollen wir jetzt schon wieder etwas aufblasen? Oder sagen jetzt die Sozialen Dienste, die in den letzten Jahren nota bene keinen allzu schlechten Job gemacht haben, seit Markus Brüllmann da ist, das muss man auch anerkennen, wir legen noch eine Schippe drauf und machen es inhouse und sparen das Geld. Und wenn dann etwas ist, wo man sagt, wir brauchen etwas, kann man immer noch darüber diskutieren. Denn auch in dieser Abteilung muss man eines wissen: Der Zeitstundensaldo ist auch nicht derart überrissen, dass man sagt, es sind alle überfordert und kommen ihrer Arbeit nicht nach. Es gibt in der Stadt andere Abteilungen, die einiges mehr haben. Aus diesem Grund appelliere ich an euch, Altersarmut ja, aber dafür eine neue Stelle schaffen, wo wir das Angebot eines Vereins haben, der das für CHF 3'000 à fonds perdu pro Jahr machen würde, dann haben wir das für CHF 30'000. Aber für eine Stelle mit 60 %, das kann jeder ausrechnen, reichen CHF 30'000 nicht, denn da kommen auch noch die Aufwendungen hinzu, die man betreiben muss, Sachen, die man drucken muss, da und dort, wo man mit Investitionen anschliessen muss. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, die 60 % aus dem Budget zu streichen und bitte um Zustimmung.

Der Ratspräsident: Besten Dank GR Portmann, auch wenn es gar nicht zu Seite 6 passt, aber ist egal. Gibt es zu diesem Antrag weitere Bemerkungen?

GR Hebeisen: Das ist überhaupt nicht egal. Der ganze Gemeinderat hat Anspruch darauf, dass er weiss, zu welcher Budgetposition man spricht, um welchen Betrag es geht und jetzt sind wir, wenn ich die Übersicht nicht schon verloren haben, auf Seite 6 und da lese ich nirgends etwas von einem Altersbeauftragten. Eventuell bin ich verwirrt und nicht Kollege Portmann, aber es ist nicht egal, zu welcher Position man spricht, auch wenn der Sprecher aus der eigenen Fraktion ist.

Der Ratspräsident: Gibt es weiteren Diskussionsbedarf zu diesem Antrag? – Sonst stimmen wir ab.

GR Brändli: In eigener Sache: Ich möchte die Frage, die Gemeinderatskollege Andreas Hebeisen gestellt hat, schon erst geklärt haben, wann der richtige Zeitpunkt ist. Wenn Marc Portmann es nicht weiss, dann solltet es ihr dort oben wissen oder schliesslich der Präsident der vorberatenden Kommission. Denn ich möchte im Anschluss im richtigen Moment noch die Meinung aus der vorberatenden Kommission GKS kundtun.

Der Ratspräsident: Ich gehe davon aus, dass du, GR Portmann, in der Beilage A Einzelnachweis unter dem entsprechenden Konto den Antrag nochmals stellen wirst. Fürs Protokoll: GR Portmann nickt.

GR R. Herzog: Ich möchte auf das Votum von GR Portmann zurückkommen. Er hat angefangen mit der Bemerkung, man müsse SR Brüllmann aus dem Rennen nehmen. Darf ich fragen, was damit gemeint ist? Denn wenn damit gemeint wäre, am Stuhl von SR Brüllmann zu sägen, fände ich es eine ungeheuerliche Bemerkung hier drin.

GR Portmann: Damit das klargestellt ist: Es geht nicht darum, am Stuhl von SR Brüllmann zu sägen. SR Brüllmann hat uns in der FRK informiert, dass er von diesem Brief physisch nichts vor sich hatte. Darum konnte er das auch nicht wissen. Er hat das Amt übernommen. Ich säge nicht am Stuhl von SR Brüllmann, ich habe vorhin auch gesagt, er hat in den letzten Jahren mit seinen Sozialen Diensten einen guten Job gemacht. Das soll bitte auch so im Protokoll stehen.

Seite 8, Investitionsrechnung, Position 3411 Schwimmbad Hörnli, Neubau Steg zum See, Rückbau Gesamtbetrag von CHF 850'000

GR Hummel: Die jetzigen Betonplatten sind mit Antirutschmatten versehen, die man natürlich gelegentlich auch putzen muss, damit sie nicht glitschig sind. Die Situation sieht eigentlich sehr gepflegt aus, ich war vor kurzer Zeit dort. Ein barrierefreier Zugang zum See wäre zwar wünschenswert, ist aber nicht zwingend. Natürlich wäre es schön, wenn man so einen Steg hätte, aber wir finden, es ist jetzt einfach nicht der Zeitpunkt, uns diesen Steg zu leisten. Soviel uns bekannt ist, wurde im Zusammenhang mit dem geplanten Reka-Dorf auch von einem Steg zum See gesprochen. In unseren Augen wäre es jetzt sinnvoller, die Situation im Ganzen zu beurteilen, aber das kann man zurzeit nicht. Deshalb stellt unsere Fraktion den Antrag, diese Position aus dem Budget 2021 zu streichen.

GR Brändli: Als Präsident der vorberatenden Kommission Gesellschaft, Kultur und Sport erlaube ich mir, kurz Stellung dazu zu nehmen. Der 25 Meter lange Steg vom Schwimmbad Hörnli hinaus in den See wurde bei uns in der GKS am 18. August 2020 vorgestellt. Die Hauptgründe für den Steg wurden folgendermassen erläutert: Seezugang barrierefrei gestalten, die Sicherheit erhöhen, die Unfallgefahr senken, den Seegrund von der brüchigen Betonplatte befreien, die Attraktivität in diesem Bereich ganzjährig steigern und diesen Bereich der Öffentlichkeit nach der Badesaison jeweils zugänglich machen plus Verzicht auf den zweiten Steg beim Reka-Dorf. Es wird also keinen zweiten Steg beim Reka-Dorf geben. Die Projektierung und Kostenschätzungen sind auf Vorprojektniveau mit Unternehmerofferten hinterlegt. Die Kommission GKS hat dieses Projekt mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung bei 8 Anwesenden klar und deutlich befürwortet.

GR Dufner: Nur noch schnell etwas bezüglich Behindertengleichstellungsgesetz: Wenn man der Meinung ist, wir müssen das nicht machen, habe ich eine andere Auffassung. In Art. 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) steht: "Das Gesetz gilt für öffentlich zugängliche Bauten und Anlagen, für welche nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Bewilligung für den Bau oder die Erneuerung der öffentlich zugänglichen Bereiche erteilt wird." Wenn man dort unten also etwas macht, muss es behindertengleichstellungsgesetzkonform sein. Wir haben hier eine Frist bis 2023. Ich habe es in der FRK gesagt, wir haben auch einen Nationalrat hier, der gern schwimmt und der dort auch nicht hinkommt. Ich würde meinen, es würde der Stadt Kreuzlingen gut anstehen, solche Verpflichtungen in diesem Licht auch zu erfüllen.

GR Ricklin: Ich denke, es ist wahrscheinlich eine Auslegeordnung, was man behindertengerecht zugänglich machen muss, aber ich sehe im See keine Anlage. Natürlich ist es schön, wenn er da ist, aber es ist etwas, was nicht zwingend notwendig ist. Es ist viel Geld und da können wir etwas sparen. Es ist nicht so, dass das weg ist, sondern man kann es zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgreifen. Ich fände es sinnvoll, das zu streichen. Aber eben, der See ist keine Anlage und es ist nicht zwingend notwendig, dass man über den See gehen kann.

SR Raggenbass: Eigentlich wollte ich dazu nichts mehr sagen, weil die beiden Voten der Vorredner genau in unserem Sinn waren. Aber ich möchte doch auf das reagieren, was GR Ricklin gesagt hat. Ich fände es ein Armutzeugnis für Kreuzlingen, eine Stadt am See, die einen Steg für Behinderte nicht fertigbringt – aus Sparmassnahmen. Das kann niemand verstehen. Entschuldigung, das tut mir wahnsinnig leid, ich hätte Sie völlig anders eingeschätzt. Gerade für Sport und für die Möglichkeit für Behinderte zu schaffen, das ist der einzige Ort in ganz Kreuzlingen, wo das möglich ist und dafür stehen wir auf jeden Fall ein.

GR Neuweiler: Ich denke, eine Behindertengerechtigkeit kann man dort unten relativ einfach machen. Die Rampe verlängern, dann ginge es auch. Zur Rutschfestigkeit, die das Problem ist: Rutschen wird es immer. Der See schwankt, der See gibt Algen, ob ihr Betonplatten oder Holzplatten oder Metall habt, rutschig bleibt es, das ist nun mal so und liegt in der Natur der Sache. Aber für die Behindertengerechtigkeit müssten wir keinen neuen Steg bauen, man könnte die Betonplatte hochziehen, dann ginge es auch.

Abstimmung

Der Antrag von GR Hummel wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 10, Positionen 6152, 6190, 6310 und 7200

GR Dufner: Hier habe ich die bereits angekündigten Anträge für die FRK zu stellen. Bei der Investitions-Nr. 6152 Parkplatzbewirtschaftung geht es um die letzte Position Veloabstellanlage Hafenplatz. Die FRK hat die vom Stadtrat erwähnte Korrektur bestätigt und mit *3 versehen, was noch nachzutragen ist. Bei der Investitions-Nr. 6190 Werkhof Umnutzung RAZ-Gebäude beantragt die FRK, dies mit *3 zu versehen. Bei der Investitions-Nr. 6310 Schifffahrt Hafenmeistergebäude Erweiterung mit CHF 700'000 beantragt die FRK, diese Position ersatzlos zu streichen. Bei der Investitions-Nr. 7200 Abwasserbeseitigung allgemein geht es um den Ersatz WC Spielplatz Seeburgpark. Hier wäre ebenfalls die Korrektur vorzunehmen und *3 anzubringen.

Der Ratspräsident: Über die Korrekturen müssen wir nicht abstimmen, sondern nur über die materiellen Änderungen.

SR Zülle: Beim RAZ-Gebäude bin ich der Meinung, dass es nicht unbedingt eine Botschaft braucht. Es geht um die Sanierung eines Gebäudes sowie eine Umnutzung. Wir haben das lang und breit erklärt und in der BU vorgestellt. Das RAZ ist seit dem 30. September 2020 ausser Betrieb und es wird geschlossen. Es gibt Tore, eine ganz leichte Isolation, damit es nie unter 0° kommt. Das ist eigentlich die Vorgabe. Man möchte dort Maschinen und Fahrzeuge platzieren. Beim jetzigen Werkhofgebäude haben wir die Situation, dass Stoffe wie Farben, Chemikalien etc. gemeinsam gelagert werden, wo wir von der SUVA eine klare Vorgabe haben, dies endlich zu ändern. Es ist sicherheitstechnisch falsch, was wir dort machen. Wir haben dort auch zwei Etagen, wo man Ware oben einbringt. Wir haben gefährliche Situationen, auch das müssen wir ändern. Damit die Ifolor eine Erweiterung machen kann, haben wir einen Streifen Land von 1'600 Quadratmetern an die Ifolor verkauft. Auch die Sachen, die dort im Aussenraum sind, müssen im Werkhof und im RAZ gelagert werden. Es geht also um eine ganz einfache Geschichte. Klar können wir eine Botschaft machen, aber man hat immer gesagt, die Verwaltung sollte sich nicht mehr aufblasen und ihr sollte nicht noch mehr Arbeit zugeschanzt werden. So eine Botschaft braucht Zeit und Arbeit und am Schluss sprechen wir davon, ob die Türe grün oder rot ist. Ich glaube, das ist nicht nötig. Aus Gründen der Effizienz bitte ich Sie, auf dieses *3 zu verzichten.

GR Neuweiler: Ich bin jetzt ein bisschen verwundert. Als wir den Streifen an die Ifolor verkauften, hiess es, die Stadt braucht diesen nicht mehr, es gibt keinen Bedarf mehr. Diesen Platz brauchen wir nicht mehr, das können wir der Ifolor verkaufen. Und jetzt haben wir anscheinend doch wieder Platznot. Zweitens sind wir an der Ortsplanung und dort will man, dass auch im Industriegebiet hoch gebaut wird. Für mich ist dort unten durchaus ein höherer Bau eventuell mit den Technischen Betrieben vorstellbar. Und ich würde schon noch gern darüber diskutieren, ob wir dort ein bisschen in die Höhe gehen oder in die Breite. Denn ich finde es ein bisschen komisch, wenn wir flache Hallen haben und die Technischen Betriebe bauen relativ hoch und das dort bleibt ungenutzt. Es gibt noch das Näherbaurecht gegen meinen Vater, dort wäre der Grenzabstand kein Problem. Die Ausnutzung dort wäre relativ hoch. Die Argumentation, wir brauchen ein Farbenlager auf 3'000 Quadratmetern – ich glaube, ganz so viel Farbe werdet ihr wohl nicht haben. Es ist schon interessant, was man dort macht und wie hoch man am Schluss baut.

SR Zülle: Ich möchte noch auf die Aussage erwidern, wenn es heisst, wir brauchen dieses Land nicht, wir können es der Ifolor verkaufen. Wir haben den Nutzen gesehen, dass wir es der Ifolor geben können, weil wir eben genau so viel freie Flächen bekommen, weil das RAZ weggeht. Das war der Grund. Wir haben da eine Win-Win-Situation für einen wichtigen Betrieb in Kreuzlingen, dass er sich vergrössern könnte. Es ist Land, auf das er schon lange gewartet hat und mit Recht, es ist direkt bei seiner Firma. Es geht nicht allein darum, dass wir ein Farblager von so vielen Tausend Quadratmetern machen. Es geht darum, dass wir die Sachen so versorgen, wie man es versorgen muss. Und wir haben dann 1'600 Quadratmeter weniger und mehr. Und es geht nicht darum, dass wir dort in die Höhe und in die Breite bauen, sondern wir wollen das jetzige RAZ-Gebäude genauso sein lassen, wie es ist. Es bekommt andere Wände und Tore und eine PV-Anlage. Das ist das, was jetzt gemacht wird. Darum habe ich gesagt, aus Gründen der Effizienz können wir auf eine Botschaft verzichten. Aber wenn der Gemeinderat der Meinung ist, man will es genau anschauen, sträuben wir uns selbstverständlich nicht.

Abstimmung

Der Antrag der FRK betreffend der Ergänzung *3 bei der Investitions-Nr. 6190 wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen angenommen.

Der Ratspräsident: Nun zum Hafenmeistergebäude: Gibt es hier noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Somit stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

Der Antrag der FRK zur Streichung der Position der Investitions-Nr. 6310 wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Seite 10, Gemeindestrassen, Inventarnummer offen, Sanierung Promenadenstrasse Ost CHF 750'000 GR Hummel: Vor einem Jahr hat man diesen Posten, wobei es damals nur um CHF 680'000 ging, aus dem Budget gestrichen mit der Begründung, dort unten wird zwischen der Promenadenstrasse und der Werftstrasse eine Überbauung geplant und dass es keinen Sinn macht, Strassen zu sanieren, wenn die Überbauung nicht abgeschlossen ist. Daher wurde das zurückgestellt. Die geplante Überbauung befindet sich noch im gleichen Stand wie letztes Jahr, an der Situation hat sich also überhaupt nichts verändert. Dass unsere Kritik überhaupt kein Gehör gefunden hat, dass man irgendwelche Projekte aufstückerlt, freut uns nicht sehr. Aber da wir nicht jedes Jahr mit dem gleichen Antrag kommen, komme ich jetzt mit einem anderen Antrag. Ich beantrage, die Position mit *3 zu versehen. Wir wünschten uns eine Botschaft, welche auch die Gesamtsituation aufzeigt. Das wurde uns übrigens einmal versprochen im Zusammenhang mit der Botschaft, als es um die Verlegung des Radwegs ging. Die ganze Sache dort unten wird rund CHF 3 Mio. kosten, so könnte man in dieser Botschaft auch ganz schön aufzeigen, wie das Gesamte aussieht sowie den Zeithorizont und begründen, warum man das Gesamtprojekt etapiert.

SR Zülle: Wir haben das genau ernstgenommen, darum haben wir es jetzt aufgesplittet, das war genau der Grund. Wir wollten zuerst einmal eine Radwegverlegung von der Werftstrasse zur Promenadenstrasse machen und wir legten ein ziemlich grosses Stück auf. Das hätte mehr als CHF 1.2 Mio. gekostet. Der Fehler war halt, dass man das als Radweg bezeichnete, selbstverständlich ist auch noch Mischverkehr usw. dabei. Zusätzlich Strassenanlagen rund um Promenade Mitte und West. Dann sagten wir, gut, wenn man das so nicht will, dann lassen wir das mit dem Radweg, lassen diesen auf der Werftstrasse. Wir hätten ihn lieber unten gehabt. Dann sanieren wir nur den unteren Teil. Im unteren Teil mussten wir eine Druckleitung machen, den Fussweg vom Seeburgpark bis zum Yachthafen mussten wir aufreissen und jetzt ist es ein Flickwerk. Es sieht wirklich scheusslich aus, von Promenade kann man da nicht mehr sprechen. Mit den Bauten, die wir im Gestaltungsplan haben, hat diese Strasse gar nichts zu tun, denn es ist keine Erschliessung. Die Bauten werden von der Werftstrasse her mit Stichstrassen erschlossen und nicht von unten. Darum hat das damit nichts zu tun. Es ist höchstens eine Anlieferung und höchstens die Leute, die zu den Badehäuschen gehen, das sind ganz wenige, können dort zufahren. Grundsätzlich ist es nicht so, dass man erst Hochbauten erstellt und dann die Strassen, das stimmt so nicht ganz. In der Regel macht man zuerst die Erschliessungen und dann die Bauten und am Schluss den Feinbelag und die Markierung. Das ist schon seit Jahren die richtige Arbeitsweise. Der Grund ist, wenn man ein Haus baut und die Erschliessung nicht gemacht hat, müssen die Leute, wenn sie frisch einziehen, Stiefel anziehen und haben über mehrere Monate eine Baustelle um sich herum. Das wollen wir den Leuten nicht zumuten. Darum macht man die Erschliessungsstrasse, die Leitungen, die Anschlüsse, die Kofferung und einen ersten Belag und die Verfeinerung und Verschönerung erst am Schluss, wenn die Bauten fertig sind. Wir sind der Meinung, dass wir nur die Strasse zwischen Yachthafen und Seeburgpark, die im Moment scheusslich aussieht, wo im Sommer Tausende Fussgänger durchlaufen, weil wir sie flicken mussten und sie wohl nach einem harten Winter wieder flicken müssen, jetzt sanieren. Das kostet rund CHF 740'000. Es kostet ein bisschen mehr, weil Bern da durchs Aggloprogramm rund CHF 140'000 mitbezahlt. Wir sind da in einem gewissen Zeitplan drin und können nicht einfach ein Aggloprojekt auf zehn Jahre hinausschieben. Wir wissen nicht, wann da unten gebaut wird, dann würden die Agglogelder verfallen. Ich möchte beliebt machen, dass man diese Strasse jetzt möglichst bald saniert. Auch hier wieder zur Botschaft: Man kann natürlich eine Botschaft machen, wenn eine Strasse saniert wird. Ich bin der Meinung, dass das nicht unbedingt nötig ist, da es eine gebundene Ausgabe ist. Wir müssen die Strassen sanieren. Sie sieht auch ganz einfach aus. Sie wird für Fussgänger da sein und sie wird links, wenn man vom Yachthafen herkommt, noch eine Grünrabatte mit Blumenwiese haben. Wir werden auch dort ein paar Bäume zur Beschattung pflanzen. Es wird also nichts Verrücktes, nichts Vergoldetes. Es gibt eine Strasse, die halt von den Metern her so viel kostet und wir machen auch rechte Anschlüsse. Es ist immer so, wenn man schon dran ist, dass man auch die Anschlüsse links und rechts und zur Heinrichhalle gut macht. Das ist der Grund, warum es so viel kostet. Dafür eine Botschaft machen, finde ich einfach übertrieben. Es ist einmal mehr Mehrarbeit und es braucht mehr Personal.

GR R. Herzog: Ich habe eine Verständnisfrage an SR Zülle. Du hast gesagt, es kostet CHF 750'000 und es kostet noch ein bisschen mehr wegen des Aggloprogramms. Ich glaube, das ist ein Versprecher, oder? Die CHF 140'000 gehen dann weg. Sie sind als Minus budgetiert als Mitteleinsatz. Du hast gesagt CHF 750'000 und dann kostet sie noch ein bisschen mehr.

SR Zülle: Sie kostet CHF 880'000 minus CHF 140'000. Entschuldigung, wenn ich da ein bisschen undeutlich war. Es geht darum, auch die Seite der Heinrichhalle ist dabei und die Anschlüsse sind dabei, darum kostet es CHF 880'000.

GR R. Herzog: Aber eingetragen ist etwas Anderes. CHF 750'000 Mitteleinsatz minus CHF 140'000 Mitteleinsatz. Jetzt komme ich nicht mehr drauf, was stimmt.

SR Zülle: Entschuldigung, ich habe die letzte Investitionskarte, da war es noch ein bisschen anders. Man hat da etwas geändert. Ich habe hier falsche Angaben. Aber in der Buchhaltung ist es richtig.

GR R. Herzog: Das heisst CHF 750'000 und CHF 140'000 erhalten wir zurück, damit das auch zuhänden des Protokolls richtig vermerkt ist.

SR Zülle: Ja, ich hatte noch die alten Unterlagen, vorher war es teurer. Entschuldigung.

GR Hummel: Ganz abgesehen davon, dass ich es ziemlich kühn finde, dass man eine Position unter den gleichen Voraussetzungen, nota bene ein Projekt, das der Gemeinderat damals gestrichen hat, einfach nächstes Jahr wieder ins Budget hineinnimmt, fühle ich mich nicht sehr ernstgenommen. Und sonst muss ich einfach sagen, ich bin jetzt total verwirrt. Ich komme langsam nicht mehr drauf. Denn als man den gemeinsam genutzten Radweg vor zweieinhalb Jahren versetzen wollte, hiess es, man müsse das nullkommaplötzlich machen, weil die Überbauung kommt. Heute höre ich, die Überbauung kommt noch ein paar Jahre nicht. Wir sind total verwirrt und wir wissen echt nicht mehr, was Sache ist, denn einmal erzählt man es so, einmal anders. Daher möchten wir gern eine Gesamtschau. Wie gesagt, es geht um CHF 3 Mio., darum halten wir an unserem Antrag fest.

GR Huber: In der BU haben wir das eingehend geprüft. Ich weiss nicht, wieso euch Daniel Lauber, der heute Abend nicht anwesend ist, nicht auch gesagt hat, was da überhaupt geht. Ich teile die Meinung von SR Zülle, was wir damals hatten, war vor einem Jahr, als wir es aus dem Budget kippten. Jetzt müsst ihr einmal dort unten schauen, was wir dort unten für ein Flickwerk haben. Was wir jetzt bauen wollen, ist effektiv Wiederinstandstellung dieser Promenadenstrasse. Und damit es überhaupt eine Promenade ist, braucht es in Gottes Namen ein paar Bäume, diese sind jetzt in den CHF 750'000 drin. Ich würde es auch unterstützen, dass wir es als Sanierung, wie SR Zülle es gesagt hat, jetzt machen. Zum anderen: Daniel Lauber weiss es, er war dabei, er hat das Ding in der BU auch abgenickt und er hat gesagt, so können wir es machen. Wenn es um die Werftstrasse und dieses Zeug geht, würde ich euch unterstützen, haben wir gesagt, dort gibt es eine Botschaft.

SR Zülle: Die Gesamtschau hat man genau aus diesem Grund zusammengestellt und ich habe diese hier. Ich kann sie gern weitergeben. Man hatte sie in der BU, man hat sie gemailt. Da sind alle Teilstücke drin und alles, was es kostet. Ich habe jetzt nur einen Fehler gemacht, dass ich im alten Ordner nachgeschaut habe. Aber die Zahlen sind alle drin. Es sind sogar Bilder drin. Viel mehr kann man nicht machen. Man kann höchstens alles noch einmal in eine Botschaft packen, aber ich glaube, man kann auch die Unterlagen anschauen. Es geht nicht unbedingt um alles andere. Und wenn ihr sagt, wir machen es erst, wenn die Überbauung kommt, machen wir dann die Werftstrasse, dann machen wir es so, dann kann man das jetzt hinausschieben. Das haben wir auch gesagt. Und übrigens haben wir nie gesagt, der Radweg muss dringend verlegt werden, weil gebaut wird. Das haben wir nie gesagt. Wir haben gesagt, wenn gebaut wird, sind die Parkplätze im Weg für die Radfahrer. Wir haben nie gesagt, man muss es ganz schnell machen. Aber wegen der Geschwindigkeit. Schnell machen muss man es sicher, die Promenadenstrasse sieht jetzt scheusslich aus. Für die vielen Leute, die vielen Touristen, die dort durchlaufen, ist es kein Schauen mehr und es geht noch mehr kaputt und ihr werdet wissen, dass es dann noch teurer wird. Also bitte, dass wir das jetzt machen können und man jetzt nicht eine Strassensanierung behindern und hinauszögern will.

GR Hummel: Es ist jeweils gut, dass es Protokolle von den Gemeinderatssitzungen gibt. Dort steht es drin, dass die Überbauung – die müsste eigentlich schon fertig sein. Wie auch immer, es muss nicht

eine Botschaft mit hundert Seiten sein. Es reicht, wenn ihr uns die Gesamtschau gebt und eine dreiseitige Botschaft macht. Wo ist das Problem? Es gibt doch keines. Ich komme einfach nicht mehr drauf, weil es einmal so sagt und einmal anders. Keine Ahnung.

Abstimmung

Der Antrag von GR Hummel wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

GR Ribezzi: Ich glaube, GR Dufner hat noch einen Antrag auf *3 zum WC gestellt. Ist das richtig oder ist das untergegangen oder habe ich es falsch verstanden?

Der Ratspräsident: Ich darf darauf hinweisen, dass das lediglich eine Korrektur ist und nicht zur Abstimmung kommt, weil *3 bereits hätte drin sein sollen. Daher braucht es keine Abstimmung zu diesen beiden *3, es sei denn, es käme jetzt ein Gegenantrag, *3 herauszunehmen.

Beilage A Einzelnachweis Erfolgsrechnung

Seite 5, Konto 0223.3010.00, Besoldung; Bauverwaltung

GR Portmann: Ich stelle den Antrag, die Stelle Bauinspektor zu streichen. Primär geht es laut SR Zülle um die Bewilligung und Vergabe der Baubewilligungen. Kurz nach der FRK haben wir ein Mail erhalten, in der der Kanton Thurgau sagt, das Problem in der Dauer der Baubewilligungen ist primär der Kanton, weil er überlastet ist. Schlussfolgerung daraus: Auch, wenn die Stadt Kreuzlingen durch einen zusätzlichen Mitarbeiter schneller arbeiten kann, wird es beim Kanton nicht schneller erledigt, weil dort noch das System fehlt. Gleichzeitig hat der Kanton Thurgau bekanntgegeben, dass er das digitalisieren will. Digitalisieren heisst, dass er mit der Zeit auch schneller wird. Darauf hat SR Zülle gesagt, sei er besonders stolz, denn die Stadt Kreuzlingen ist immer noch schneller als der Durchschnitt der anderen Städte und Gemeinden im Kanton Thurgau. Also muss man sagen, machen sie in Kreuzlingen einen super Job. Was man auch anschauen muss und auf Nachfrage bestätigt wurde, es gibt keinerlei Überzeiten in dieser Abteilung. Auch von diesem Aspekt her gibt es keinen Handlungsbedarf, diese Stelle freizugeben und zu schaffen. Und was wir auch wissen müssen, was SR Zülle uns erklärte, ein Riesenproblem sind die falsch eingereichten Baugesuche. Aber da müssen wir sagen, das ist nicht unser Problem, wenn einer die Formulare falsch ausfüllt. Das es dann eine Verzögerung gibt und das Ganze hinausschiebt und eine Verschlechterung des Durchschnitts darstellt, ist die Schuld desjenigen, der das Baugesuch einreicht. Ich glaube, vermutlich bin ich hier einer der Jüngsten und ich darf das sagen, in der heutigen Zeit müssen wir auch mal ein Auge auf die nächsten Generationen richten. Darum stelle ich den Antrag, diese Stelle bitte zu streichen.

GR Moos: Ich möchte das Votum von Kollege Portmann nicht so im Raum stehen lassen. Ich arbeite selber auf einer Bauverwaltung und habe seine Ausführungen, was der Kanton mit Baugesuchen zu tun hat, nicht ganz verstanden. Der Kanton hat nur damit zu tun, wenn Kreuzlingen selber baut. Sonst gibt der Kanton vielleicht eine Stellungnahme zu einem Baugesuch ab, aber grundsätzlich ist es Sache unserer Bauverwaltung in Kreuzlingen, wenn jemand ein Gartenhäuschen oder ein Einfamilienhaus bauen oder seinen Block sanieren will. Daher wird auch die Digitalisierung beim Kanton uns in Kreuzlingen vielleicht nur bedingt helfen, aber sicher nicht bei allen Baugesuchen. Das zweite ist die Qualität der Baugesuche. Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen schon einmal gebaut haben. Man baut vielleicht einmal oder zweimal im Leben. Die meisten Leute, die bauen, reichen ein Baugesuch ein – sollten sie zumindest. Ich meine, die ganze Baugeschichte ist beliebig komplex, das wissen wir und das ist hinlänglich bekannt. Und ich glaube, es ist nicht zu vermessen, wenn man die Dienstleistung anbietet, die Leute zu beraten, wie man ein Baugesuch korrekt einreicht. Ich sehe die Verwaltung von Kreuzlingen nicht einfach als Verwaltung, sondern als einen Dienstleister. Ich erwarte das von einer modernen, zukunftsgerichteten Verwaltung und damit meine ich auch die Bauverwaltung, dass sie Bauwillige berät und dass sie die Baugesuche in nützlicher Frist abarbeiten kann. Ich mache beliebt, die für diese Stelle vorgesehenen 50 % beizubehalten und den Antrag von Kollege Portmann dementsprechend abzulehnen.

GR R. Herzog: Ich bin jetzt schon ein bisschen verunsichert und irritiert. Es wird jetzt immer von Baugesuchen gesprochen. Hier ist eine Stelle Bauinspektorat erwähnt und da geht es um den Bauvollzug und nicht um das Baugesuchswesen. Vielleicht kann SR Zülle da Klärung geben, was eigentlich gilt. Ich glaube, wir reden ein bisschen aneinander vorbei.

SR Zülle: Ein Bauinspektor hat verschiedene Aufgaben. Erst einmal prüft er die Baugesuche. Er nimmt sie auseinander und schaut, ob die Dossiers vollständig sind, macht Rückfragen usw. Dann macht das Baugesuch praktisch einen Rundkurs. Es geht zum Energiebeauftragten, zum Umweltbeauftragten und überall wird geschaut, ob nach Baureglement alles eingehalten ist. Es gibt auch solche, die zum Kanton müssen und wo man auch dort noch Abklärungen treffen muss, wenn es zum Beispiel Waldabstand usw. betrifft. Das andere ist die Kontrolle, ob auch so gebaut wird, wie man im Baugesuch eingegeben hat. Die stetige Kontrolle zwischendurch muss also auch sein, aber auch die Schlusskontrolle. Dann ist auch die Bauberatung drin. Wenn jemand kommt und sagt, ich habe ein Stück Land und das und das vor, ist das nach Reglement möglich und kann ich es so bauen? Dann erhält man mal eine erste Vorabklärung. Der Stadtrat hat in seinen Legislaturzielen auch drin, dass man mehr über den Bau und Bauvorhaben berät. Er hat also auch eine beratende Funktion. Dann geht es noch um Einsprachen. Ein Bauinspektor beantwortet nicht die Einsprachen, sondern erarbeitet mit dem Bausekretär und mit dem Juristen, was fehlt oder ob zum Beispiel Sanktionen nötig sind. Oder bei Einsprachen von Nachbarn, wie man entgegenwirken kann usw. Er hat sehr, sehr viele Aufgaben. Im Moment machen das zwei Leute. Wir haben Stand September 180 Baugesuche in Kreuzlingen. Das ist recht viel und wir werden die Zweihundertergrenze wohl wieder übersteigen. Zudem haben wir aktuell 60 Einsprachen und 12 Rekurse. Darunter sind auch Sammeleinsprachen. Alle, die da mitgemacht haben, müssen auch bedient werden. Es ist also sehr komplex. Die Dossiers werden immer komplexer, weil auch die Anforderungen an einen Bau komplexer sind, die Energiefragen die geklärt werden müssen usw. Die Baugesuche sind komplexer, es sind sehr viele Baugesuche und wir stehen im Moment an. Wir sind noch ein bisschen unter dem Schnitt aller Gemeinden, aber ich habe nicht lobend gesagt, wir sind wahnsinnig tief. Wir sind immer noch zu hoch, über vier Monate durchschnittlich für ein Baugesuch. Wenn es noch Einsprachen gibt, dauert es natürlich noch länger. Es gibt ein paar kleinere, die weniger lange dauern. Aber das ist zu lang. Wir wollen auf 100 Tage herunterkommen. Das ist unser hehres Ziel und das können wir nur mit einer Verstärkung erreichen. Wir haben auch gemerkt bei den Gesundheitsgeschichten mit Quarantäne und Home-Office usw., die wir im Frühling hatten, dass es einen grossen Anstieg gibt, wenn einer der beiden fehlt. Aber wir möchten jetzt nicht aufgrund von Corona eine Stelle. Es wäre zu einfach, das so zu begründen, aber es sind doch auch manchmal Gesundheitsfälle. Es gibt Ferien etc. Und man möchte, dass die Verstärkung so gut ist, dass wir unser Ziel von etwa 100 Tagen erreichen und die Leute nicht überlasten. Übrigens noch ein kurzes Wort zu den Überstunden: An den Überstunden merke ich nicht, ob ich mehr Leute brauche, ausser ich lasse sie nicht richtig arbeiten. Man sieht es am Aufstau der Arbeit, dass man eine Verstärkung braucht. Und nicht wenn alle 12 Stunden arbeiten, braucht man wieder einen. Das ist wohl der falsche Weg.

GR Müller: Ich gebe immer wieder Baugesuche ein und ich weiss, dass es ziemlich komplex ist. Die Gesetzeslage ändert sich auch immer wieder. Man ist sehr froh, wenn man nachfragen kann und eine Beratung erhält, weil der Aufwand sich so sehr verringert. Beim Kanton wird das Ganze lobenswerterweise bald digitalisiert, das wird sich dann auch auf die Gemeinden auswirken, aber erst in ein paar Jahren. Ich hoffe, dass irgendwann der ganze Prozess digitalisiert wird, denn wir sind da im Thurgau ein bisschen hintendrein. Ich plädiere sehr für diese Stelle, weil ich weiss, dass Bauherrschaften, die lange auf ihre Baubewilligungen warten, wenig Verständnis haben, dass das alles so lange dauert.

GR Hummel: Ich habe die Jahresberichte seit 2014 konsultiert und festgestellt, dass die Bautätigkeit ab 2018 merklich abgenommen hat. Ich weiss auch nicht, vielleicht konnte man jetzt ein bisschen nacharbeiten, aber aufgrund dieser Zahlen ist eigentlich nicht einzusehen, warum man jetzt noch eine 50 %-Stelle schaffen soll.

GR Moos: Kollegin Müller hat es gesagt, es kann durchaus möglich sein, dass die Bautätigkeit vielleicht leicht zurückgegangen ist. Aber ich meine, die Gesetzeslage hat sich geändert. Spontan fällt mir zum

Beispiel das Energiegesetz ein. All die Sachen muss man berücksichtigen, man muss die Leute informieren. Nochmals: Ich sehe eine Verwaltung als Dienstleister und nicht als Verwalter, als reine Verwaltung.

Abstimmung

Der Antrag von GR Portmann wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

GR Neuweiler: Mein Nachbar kann keinen Ordnungsantrag stellen, ich stelle ihn jetzt. Können wir bitte 10 Minuten Pause haben, damit alle sich erleichtern oder ihre Füsse vertreten können?

Der Ratspräsident: Das ist kein Ordnungsantrag, aber wir machen das, die Sitzung ist unterbrochen.

Der Ratspräsident: Ich bitte um Aufmerksamkeit, die Sitzung geht weiter. Ich bitte die Sprechenden nochmals, ins Mikrofon zu sprechen und nicht mit dem Kopf zu wackeln. Ich habe in der Pause nochmals gesagt bekommen, dass ich dies nochmals sagen sollte, damit die Tonspur ordentlich ist, damit man das Wortprotokoll auch ordentlich erstellen kann. Judith verteilt jetzt grüne Zettel. Ich bitte, bei Abstimmungen mit dem grünen Zettel in der Hand abzustimmen, weil man vor allem in den hinteren Reihen die Hände nicht mehr so gut sieht. Das Grün ist so prägnant, dass man es gut sieht. Es ist eine Erleichterung für die Stimmzähler.

Seite 21, Konto 3290.3636.01, Beiträge durch subventionierte Mieten, Flächenerweiterung Kult-X im Schiesserareal CHF 46'000

GR Hummel: Die Vorgeschichte kennen wir alle. Der Kult-X-Pilotbetrieb wird sukzessive ausgeweitet, obwohl das Volk bis heute nicht gefragt wurde, ob es dort unten ein Kulturzentrum will oder nicht. Ich war eine von denen, die von Salami taktik sprach, ich will das auch erklären. Ich bin ein bisschen auf Empörung gestossen. Es ist so, der Pilotbetrieb Kult-X im Schiesserareal erhielt 2018 CHF 114'000, 2019 CHF 141'000 und 2020 CHF 180'000. Und jetzt soll die Unterstützung 2021 CHF 226'000 betragen. Wenn das keine Salami taktik ist – ich empfinde es auf jeden Fall so. Die Grundlagen sind unklar, man sagt nie, wann der Pilotbetrieb irgendwann fertig sein wird, das läuft bald vier Jahre. Aus diesem Grund beantragen wir, den Betrieb nicht weiter auszuweiten und die CHF 46'000 zu streichen.

GR R. Herzog: Das Thema wurde ausführlich schon mehrfach in der GKS thematisiert. Bei diesem Betrag geht es um eine subventionierte Miete, die einfach verrechnet wird. Alternative dazu ist, man zeigt es einfach im Budget nicht an, das wäre aber wider jegliche Transparenz, oder man lässt den Raum, um den es geht, einfach leer. Und da frage ich mich schon, ob es sinnvoll ist, wenn ein Raum, der vorhanden ist und im Moment nicht anders genutzt werden kann, weil man keinen Mieter findet angesichts der Situation, dass man nicht weiss, was inskünftig die definitive Nutzung ist, einfach leer stehen lässt und auch keine subventionierte Miete budgetiert. Ist das sinnvoll, statt ein paar Anbieter dort unten ihr Angebot machen zu lassen und sogar noch ein paar Franken Ertrag generieren zu können von Anbietern, die dort ihre Kurse oder ihre Veranstaltungen machen wollen. Mir scheint das eine ziemlich absurde Situation, denn wir sparen keinen einzigen Franken, wenn wir diese subventionierte Miete streichen. Deshalb kostet es uns nicht weniger und nicht mehr. Es ist nur eine angezeigte subventionierte Miete und mehr nicht. Unter dem Strich sieht das Resultat gleich aus.

GR Hummel: Mir ist auch klar, dass man unter dem Strich nichts davon hat, aber ich möchte einmal andersherum fragen: Hat man sich denn überhaupt um einen Mieter bemüht, der bezahlt? Ich weiss es nicht, diese Frage ist auch offen. Aber uns geht es ums Prinzip. Es kann nicht sein, dass man sukzessive den Betrieb ausbaut, ohne dass die rechtlichen Grundlagen geschaffen sind. Es geht einfach so weit, bis man irgendwie unter Druck gesetzt wird, wenn die Abstimmung dann kommt, der Betrieb läuft jetzt schon so lange und jetzt kann man das doch nicht mehr abklemmen, es ist jetzt halt so. Das ist eine moralische Unterdrucksetzung des Stimmbürgers.

SR Raggenbass: Es ist richtig, das ist ein Thema, das man seit vielen Jahren behandelt. Wir haben in diesen vielen Jahren auch immer Transparenz walten lassen, was subventionierte Mieten, die Projektleitung und auch die Beiträge an den Betrieb selber anbelangt. Es war also nie eine Nichttransparenz.

Salamitaktik: Man kann es so sehen. Richtig. Aber wir haben in den letzten Jahren auch gelernt, dass gerade der Gemeinderat zuerst sehen will, wie ein Betrieb läuft, darum haben wir vor drei Jahren den Piloten gestartet, wo wir jetzt im dritten Jahr sehen, wie so ein Betrieb in verschiedenen Räumen funktionieren kann, wie eine Trägerschaft ist, die sich jetzt gebildet hat und wie viel es kostet, wenn man jetzt einen weiteren Ausbau macht. Wir haben diese Zahlen jetzt beieinander. Wir hätten sehr gern im Sommer im Gemeinderat die Präsentation gemacht, wie der Betrieb läuft, was es für die Zukunft bedeutet, doch da ist uns Corona dazwischengekommen und hat alles lahmgelegt. In dieser Phase wollten wir den Gemeinderat nicht mit einer so wichtigen Frage, wie die Zukunft eines solchen Kulturzentrums aussieht, bedrängen. Daher haben wir das verschoben. Wir können jetzt die Zahlen noch besser und auch den ganzen betrieblichen Hintergrund mit der Trägerschaft präsentieren. Die baulichen Investitionen, die wir in das gesamte Schiesserareal getätigt haben, sind für den Werterhalt der alten Liegenschaft, die wir vor über zehn Jahren gekauft haben. Die nur für den Kulturbetrieb notwendigen Investitionen haben wir auch jedes Mal ausgewiesen, diese sind in einem sehr bescheidenen Rahmen. Wir sind jetzt noch an der Beantwortung der Fragen, die GR Hummel uns gestellt hat. Dort wird noch einmal alles detailliert aufgelistet. Man sieht auch da wieder einmal mehr Transparenz und transparente Zahlen und Zuweisungen zu den verschiedenen Positionen. Wir werden den Gesamtkomplex Schiesser resp. Kult-X im März im Gemeinderat vorstellen können. Dann können Sie darüber entscheiden, wie es weitergeht und ob das Volk zusätzlich noch etwas entscheiden muss oder auch Alternativen, die jetzt ausgearbeitet worden sind, dass das Kulturzentrum in verschiedenen Phasen ausgebaut werden kann. Ich bitte Sie darum, den Kulturbetrieb auch mit den erweiterten Räumen im 1. Stock auch im vierten Jahr weiter zu betreiben, damit wir zeigen können, was in den verschiedenen grossen Räumen möglich ist. Warum haben wir für die Räume nicht jemanden gesucht? Wir haben gesucht für den 1. Stock, das ist richtig. Wir haben auch sehr interessante Mieter in Aussicht. Diese Entscheidung, und es ist eine kantonale Entscheidung, die den Mieter hoffentlich zu uns bringen wird, wird sich erst im nächsten Jahr zeigen. Darum wollten wir diese Räume nicht fest vermieten, sondern nutzten sie mit einer Zwischennutzung im Kulturbetrieb, statt sie leer zu lassen. Das betrifft aber nur den 1. Stock. Das zur Erklärung, warum dieser Raum in diesem Jahr noch vom Betrieb Kult-X genutzt werden kann.

Abstimmung

Der Antrag von GR Hummel wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 33, Konto 5350.3010.00, Besoldungen, Neue befristete Stelle 60 % gemäss Alterskonzept 2018 / Legislaturziele 2019

GR Portmann: Ich habe den Antrag ja bereits gestellt, ich möchte ihn nochmals in Erinnerung rufen, damit alle wissen, was ich gesagt habe. Vorweg nochmals bezüglich Unterstellung, SR Brüllmann am Stuhl zu sagen: Der Stadtrat hat von diesem Schreiben – SR Brüllmann hat uns das selber gesagt – keine Ahnung gehabt, was dort drin stand. Uns wurde ein Angebot gemacht, diese Stelle für CHF 30'000 auszuführen durch Pro Senectute, die das in Weinfeldern auch macht, die das in Weinfeldern erfolgreich macht. Ich bin der Meinung, wir können auf so etwas zurückgreifen oder es als Alternative selbstständig intern lösen. 80 % dieser Aufgaben gehören zum Aufgabengebiet des Abteilungsleiters. Auch wenn wir es intern machen, werden wir einige Sachen an zusätzlichen administrativen Aufwänden sparen können. Wie gesagt, man ist davon ausgegangen, dass die Altersarmut 18.7 % bei den über 65-Jährigen beträgt, was man jetzt korrigieren musste. In einer Zweitanalyse hat man zur Berechnung nicht nur das Einkommen genommen, sondern man hat auch das Vermögen der Leute bewertet. Das Vermögen wurde bei vielen über die Jahre, die sie gearbeitet haben, aufgebaut, was auch Sinn und Zweck der Arbeit ist, dass man das hat. Somit ist die effektive Zahl der Altersarmut bei 3.4 %. Ich plädiere nochmals dafür zu sagen, man löst das intern mit den jetzt vorhandenen Ressourcen, denn laut Zeitmessung wird das allemal drin sein. Wir haben auch die Erfahrung gemacht, wenn eine Stelle einmal befristet ist, wird sie irgendwann unbefristet. Daher mein Antrag, bitte um Ablehnung dieser Stelle.

GR Brändli: Als Präsident der vorberatenden Kommission Gesellschaft, Kultur und Sport erlaube ich mir, dazu Stellung zu nehmen. Die Umsetzung des Alterskonzepts der Sozialen Dienste wurde in der

GKS-Sitzung vom 18. August 2020 von SR Markus Brüllmann und dem zuständigen Abteilungsleiter Mirco Bassetto sehr umfassend vorgestellt und darüber informiert. Die 60 %-Stelle beruht auf einer Altersumfrage, welche 2017 erfolgte. Die Legislaturziele sehen vor, das Alterskonzept parallel mit einer stadträtlichen Kommission umzusetzen. Das zu erreichen, erfordert den politischen Willen von Stadt- und Gemeinderat. Ähnliche Stellen gebe es in Frauenfeld, Weinfelden und Arbon. In der GKS-Sitzung legte man aber nur das Modell von Frauenfeld näher dar. Die Stelle soll provisorisch für drei Jahre befristet installiert werden. Im jetzigen Betrieb ist es nicht integrierbar, da die nötigen Kompetenzen bei den Mitarbeitern leider nicht vorhanden sind. Von Kommissionsmitgliedern wurde auch angemerkt, dass grundsätzlich jede Stelle befristet ist und jederzeit gekündigt werden kann. Mit diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, wenn man die nötige Fachkompetenz finden will, dass es mit einer auf drei Jahre befristeten Stelle sehr schwierig sein wird, auf dem Arbeitsmarkt die entsprechende Person zu finden. Das Organigramm gab auch noch zu Diskussionen Anlass. Im Kernteam haben nur Personen aus der Verwaltung und dem aktuellen Stadtrat Einsitz zu nehmen. Ehemalige Mitglieder des Stadtrats werden sehr gern mit ihrer grossen Kernkompetenz in dieser Thematik im Seniorenrat begrüsst. Die anzustellende Person hat keine Führungsaufgabe wahrzunehmen und würde auch auf Stufe Sachbearbeiter/in mit Fachausbildung angestellt. Mit den umliegenden Gemeinden wurde das Gespräch noch nicht aufgenommen, das Ziel ist aber natürlich, dass man es in der Agglomeration macht und das nachholt und die Stelle dann auf ein 100 %-Pensum aufstocken könnte. Die Dienstleistungen, die für die Kreuzlinger Bevölkerung angeboten werden, sollen kostenfrei erfolgen. Auf die Frage aus der Kommission, ob man die Aufgaben des Altersbeauftragten extern einkaufen könne bzw. von einer externen Firma in Anspruch nehmen könne, erklärte uns der zuständige Abteilungsleiter, dass die Terz-Stiftung nicht dieselben Sachen anbietet, sondern nur beratend für Alterseinrichtungen in den Gemeinden tätig sei. Es wurde auch gefragt, was denn die Kriterien oder die Parameter sind, wenn man die Stelle nach drei Jahren beurteilt. Die Antwort war, dass man das anhand von Umfragen und Feedbacks machen werde, ob man das weiterführen wolle oder nicht. Zum Schluss wurde noch eingebracht, dass es in Kreuzlingen aktuell ausgesprochen schwierig sei, sich einen Überblick zu verschaffen, welche Dienstleistungen erbracht würden und wie es finanziert werden könne. Auf die Fragen und Anregungen des Antragstellers kann ich aus der Kommission keine Antworten geben, weil diese Punkte nicht angesprochen wurden.

GR F. Herzog: Ich denke, dass die demografische Entwicklung unserer Bevölkerung allen klar ist und dass wir uns der älter werdenden Bevölkerung und damit verbundenen Herausforderungen wie bspw. dem Thema Demenz jetzt endlich stellen müssen. Und ja, es gibt bereits verschiedenste Angebote und Adressen, wo man sich beraten lassen kann. Pro Senectute zum Beispiel wurde von Kollege Portmann bereits erwähnt, die Terz-Stiftung haben wir auch gehört. Genau darin liegt auch ein Problem. Die Angehörigen und die Betroffenen befinden sich momentan in einem absoluten Informationsdschungel. Es ist sehr schwierig, sich orientieren zu können und die Zuweisung zum passenden Unterstützungsangebot ist für viele Leute eine grosse Herausforderung. Genau in diesem Bereich kann die Beratung durch einen Altersbeauftragten der Stadt Kreuzlingen eine grosse Stütze für Betroffene sein. Als unabhängige städtische Drehscheibe oder eine Triagestelle kann der Altersbeauftragte, der eine Fachperson in diesem Bereich ist, die Betroffenen und Angehörigen direkt an die richtige Stelle weiterverweisen. Dabei werden Organisationen wie bspw. Pro Senectute auch nicht ausgehebelt. Nein, die sind sehr wichtig und die Betroffenen, die auf das Angebot von Pro Senectute passen würden, werden auch zu Pro Senectute weitergeleitet. Das Entscheidende dabei ist, dass der Weg zum Finden des passenden Unterstützungsangebots durch die Beratung eines Altersbeauftragten bedeutend einfacher und kürzer wird. Und dafür braucht es eine unabhängige Fachperson. Das kann nicht von Pro Senectute erledigt werden, die bieten das im Moment nicht an. Und die Kapazität und, wie GR Brändli es schon erwähnt hat, die Kompetenzen der Sozialen Dienste in diesem Bereich sind beschränkt und ich bezweifle stark, dass dieser Mehraufwand von den Sozialen Diensten, wie GR Portmann es am Anfang gesagt hat, so einfach übernommen werden kann. Ein weiterer Punkt, den ich noch erwähnen möchte, ist Unabhängigkeit und Neutralität einer solchen Stelle. Durch eine unabhängige städtische Beratungsstelle kann sichergestellt werden, dass jeder Unterstützung erhält, und zwar unabhängig davon, ob er zum Angebot der angefragten Organisation passt oder nicht oder wie viel er oder sie für einen Beratungstermin

ausgeben kann. Ich sehe die Stadt hier ganz klar in der Verantwortung und ich finde, die Stadt muss ein Angebot schaffen, auf das ältere Menschen und ihre Angehörigen zurückgreifen können, ganz egal, wie ihre finanzielle Lage und ihre gesundheitliche Lage oder ihre soziale Vernetzung ist. Ich möchte Sie deshalb ermutigen, diesem Streichungsantrag von Kollege Portmann nicht zu folgen.

GR Hummel: Ich bin jetzt nicht mehr die Jüngste und ich bin bisher ohne eine solche Beratungsstelle über die Runde gekommen. Mich irritiert einfach, dass man sich immer an den Luxuslösungen à la Frauenfeld etc. orientiert. Ich weiss nicht, man hat sich mit Weinfeldern und seinem Alterskonzept und der Umsetzung durch Pro Senectute gar nicht auseinandergesetzt. Das kann es irgendwie nicht sein. Ebenfalls kann es auch nicht sein, dass man Dienstleistungen immer gratis anbietet. Man muss einmal sehen, wie GR Portmann schon gesagt hat, die neue Untersuchung von der Caritas: Über 65-Jährige Armut lediglich 3.4 %. Das ist eigentlich eine Bevölkerungsgruppe, die das vermag, dass man für eine Dienstleistung bezahlen kann. Darum würde ich beliebt machen, dem Antrag zu folgen. Man kann immer wieder darüber reden. Aber man hat die Chance, wenn man das jetzt streicht, dass man solche Abklärungen einmal machen kann. Die Erfahrungen von Weinfeldern, was decken die für ein Bedürfnis ab, was deckt Frauenfeld ab? Aber dass es immer der Rolls-Royce sein muss, sehe ich auch nicht ein.

SR Brüllmann: Gern möchte ich erwidern. Vielen Dank GR Portmann, dass du nicht an meinem Stuhl sägst, sondern an einer guten Idee, die wir im Departement Soziales hatten. Zu deinem Argument, dass wir freie Ressourcen haben: Du erinnerst dich, wir haben vor Jahren eine Revision beim Gesetz der Betreuungsdienste gemacht bzw. bei der Sozialhilfe, also der Hälfte meines Departements. Bei zwei von vier Ressorts haben wir zurzeit eine Unterdeckung von 185 Stellenprozenten. Das heisst, wir haben im Moment 185 Stellenprocente zu wenig. Von meinen Ressourcen in meinem Departement zu reden, die es möglich machen, das alles inhouse zu lösen, würde auch schräg in der Landschaft stehen, wenn wir tatsächlich die Dreistigkeit hätten im Wissen von genug Ressourcen, dass wir auch noch solche Kosten einstellen möchten. Also das ist es ganz sicher nicht. Zu GR Hummel: Vielen Dank für dein Votum. Wir haben uns letzte Woche noch zusammengesetzt und ich habe mich bei dir auch entschuldigt. Der Brief, den auch GR Portmann angesprochen hat, liegt mir jetzt vor, davon hatte ich damals wirklich keine Kenntnis. Es ist auch nicht so, wie GR Portmann gesagt hat, ein Angebot, wie Weinfeldern es mit Pro Senectute für CHF 30'000 macht, mache ich alles, was da im Alterskonzept Kreuzlingen steht. Das ist nicht so. Das ist nämlich die Vernehmlassungsantwort von Pro Senectute. Das heisst, Pro Senectute als bewiesenermassen guter Player auch im Kreuzlingen haben wir eingeladen, um das vorliegende Papier zu beurteilen. Das wurde aus Sicht von Pro Senectute hervorragend beurteilt. Zum anderen hat es auch einen Antrag drin. Und das ist wahrscheinlich das, was du gemeint hast. Antrag nämlich zu einem Punkt aus dem ganzen Konzept, allenfalls die Funktion der Drehscheibe, falls diese kommt, zu übernehmen. Und das ist nicht mit Franken und Rappen unterlegt, sondern es ist eine Einladung, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und allenfalls gemeinsam Lösungen zu suchen, was aber nicht passiert ist. Es ist also nie ein Angebot gekommen, das stimmt, das habe ich GR Hummel auch gesagt. Sorry noch einmal, dass ich keine Kenntnis davon hatte. 2008 wurde die Altersarbeit in der Stadt Kreuzlingen gestartet. Damals noch im Departement Gesellschaft unter der Ägide von SR Raggenbass, rutschte dann zwischenzeitlich zum Teil ins Departement Soziales und seit 2018 haben wir das Alterskonzept vorliegen namens Levia 2018. Was beabsichtigt nun die Stadt Kreuzlingen mit dem vorliegenden Konzept? Wir wollen für die Bewohnerinnen und Bewohner für jedes Alter Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in einer attraktiven und lebenswerten Stadt schaffen. Der Altersverantwortliche – ich bleibe jetzt bei der männlichen Form – ist der operativ Verantwortliche, setzt das Konzept um, erledigt alle anfallenden Arbeiten, pflegt Kontakte und ist vor allem für die interdisziplinären Austausch innerhalb der Verwaltung, innerhalb der verschiedenen Departemente zuständig. Er soll ältere Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger sprichwörtlich mit der Organisation und Durchführen von Kursen, von Begegnungen, von Weiterbildungsmöglichkeiten bewegen mit dem Ziel, die Alterskompetenzen der Menschen zu erhalten, allenfalls zu verbessern, die Selbstständigkeit zu verbessern und allenfalls sogar, und das ist auch ein Hauptziel, in anderen Bereichen zu fördern. In Zusammenarbeit mit dem Departement Gesellschaft ist angedacht, dass man die Freiwilligenarbeit besser sichtbar macht, würdiger sichtbar macht und notwendigerweise verbessert. Ich will hier nicht lange werden, aber ich sage

dazu in Klammer Pflegenotstand. Netzwerk und Kontakt halten mit allen relevanten Leistungserbringern der Alters- und Gesundheitsbranche auf dem Platz Kreuzlingen ist ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet. Er vertritt die Interessen der Stadt und der älteren Menschen gegenüber allen Leistungserbringern im Wissen, dass die verschiedenen Leistungserbringer untereinander zum Teil auch in Konkurrenz stehen. Das ist eine Spezialsituation. Triagieren, zuweisen von Hilfesuchenden an die entsprechenden richtigen Stellen. GR Fabienne Herzog hat es erwähnt, es ist für Nicht-Altersspezialisten tatsächlich nicht ganz einfach, relativ schnell in einer Krisensituation die richtige Stelle zu finden. Da hilft der Altersverantwortliche über ein gut gepflegtes Netzwerk sehr einfach. Betreiben einer Anlaufstelle: Das ist das, was wir gerade mit dem Brief von Pro Senectute diskutiert haben. Die soll im Trösch, auch wieder in Zusammenarbeit mit dem Departement Gesellschaft, betrieben werden. Und da ist es eine einfache Überlegung. Nämlich wenn der Altersbeauftragte die Schalteröffnungszeiten gewährleisten muss, aber in einer Krisensituation aufsuchende Arbeit machen muss, kann er sich nicht spalten. Es ist tatsächlich nur ein Mensch und insofern haben wir da das Glück, zusammen mit dem Departement Gesellschaft die Schalteröffnungszeiten zu sichern, weil der Altersbeauftragte nicht allein im Trösch sitzt. Krisenbewältigung: Ich habe es erwähnt. Krisenbewältigung durch aufsuchende Altersarbeit ist für uns Hilfestellung just in time. Wir finden das keinen Luxus, wir finden das tatsächlich eine wertige Aufgabe des Altersbeauftragten, des Altersverantwortlichen, dass er nicht eine Wartezeit von vier bis sechs Wochen hat, wie es bei anderen Institutionen der Fall ist, sondern da kommt ein Anruf, eine Krise kann ein Unfall eines älteren Menschen sein, die Kinder sind allenfalls nicht da, wohnen im Ausland, vielleicht wohnt die Person sogar allein, dann muss ich nicht mehr wahnsinnig viel dazu sagen, dass diese Menschen Unterstützungsleistungen brauchen. Das Alterskonzept mit dem Altersverantwortlichen in der Stadt Kreuzlingen ist die Antwort auf die Demografie und die Herausforderungen des Alters in dieser Stadt. Wir wollen nicht zuschauen, wie die Gesundheitskosten steigen und steigen. Wir haben das in den vorbereitenden Kommissionen auch schon diskutiert. Eigentlich sind das Rechnungen, die vom Kanton kommen und von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Hier aber denke ich: ambulant vor stationär. Mit guten Hilfeleistungen kann man tatsächlich verhindern, dass die eine oder der andere ältere Mensch allenfalls in eine Langzeitinstitution eintritt. Das ist der Return of Investment, das ist doch beste Investition in eine Gesellschaft, da ist nichts mehr hinzuzufügen. Standortvorteil schaffen: Wir sind auch in einem Standortwettbewerb mit anderen Gemeinden und Städten. Ich glaube, Menschen, die gut begütert sind im höheren Alter, schauen sich ganz genau an, wo und wie sie allenfalls ihren letzten Lebensabschnitt erleben können. Wir alle haben Verantwortung, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wir alle müssen dafür Verantwortung übernehmen, müssen aber ebenfalls Verantwortung dafür übernehmen, was wir nicht machen. Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem 60 %-Stellenantrag, wie es im Budget 2021 steht. Ich bitte darum, nicht auf den Streichungsantrag einzutreten und danke Ihnen.

GR Knecht: Es wurde auf das Beispiel Weinfelden hingewiesen. GR Portmann hat es auch in seinem Votum gesagt. Lagert das doch an eine Organisation aus. Wir müssen da ein bisschen unterscheiden. Es geht nicht darum, die fachliche Umsetzung der Beratung an sich zu übernehmen, sondern die Stelle soll übergeordnet arbeiten, sie soll koordinieren. Ich würde da viel lieber auf das Beispiel von Frauenfeld kommen. Gerade heute war in den Kreuzlinger Nachrichten ein Porträt über diese Stelle, die dort Fachstelle für Alters- und Generationenfragen heisst. Diese vermittelt, informiert und koordiniert. Ich habe es mir nicht nehmen lassen, mit Pro Senectute Kontakt aufzunehmen. Ich habe mit der Stellenleiterin gesprochen und habe gefragt, wie die Zusammenarbeit ist. Sie hat gesagt, dass sie diese Zusammenarbeit sehr begrüsst und dass sie von dieser Fachstelle, die bei der Stadt angegliedert ist, konkrete Personenanliegen erhält. Diese Stelle ist nicht in einem Konkurrenzverhältnis zu Pro Senectute, sondern sie macht Triage und vermittelt die Leute, die von einem Beratungsangebot bei Pro Senectute profitieren können, an Pro Senectute. So ähnlich stelle ich mir das in Kreuzlingen vor. Ein wichtiger Unterschied zu einer privaten Organisation ist auch, dass ein privater Dienstleister selektiv seine Klient/innen auswählen kann. Es kann passieren, dass eine Person, die vielleicht aufmüppig oder ein bisschen anspruchsvoll im Umgang ist, vor der Türe abgeblockt wird. Das kann eine städtische Stelle nicht machen. Eine städtische Stelle ist für alle Menschen da und das soll auch das Ziel sein. Wir sind als Stadt für alle unsere Einwohnerinnen und Einwohner zuständig. Diese Stelle kann also keine Klienten

verweigern. GR Portmann hat gesagt: Löst es doch inhouse. Das machen wir genau mit dieser Stelle. Wir lösen es im Rahmen der Stadtverwaltung. Man kann das aber nicht, weil es eine fachliche Stelle ist, einfach jemandem geben, der jetzt schon dort arbeitet, sondern es braucht spezielle Kompetenzen und ich mache sehr beliebt, dass wir im Rahmen dieses Budgets für unsere wachsende alte Bevölkerung diese Stelle schaffen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag nicht zu.

GR Wolfender: Vielleicht gleich zu Beginn: Ich bin überhaupt nicht für den Antrag von GR Portmann. Ich habe es fast nicht ausgehalten, als Du, Markus Brüllmann, dass alles vorgestellt hast, was diese Person machen soll. Für mich ist das ein ganzes Team von Leuten, geschweige denn nur 60 %, die das alles, was du aufgezählt hast, übernehmen können sollen. Ich würde das wirklich sehr auf die Koordinationsaufgabe begrenzen und nicht noch der Besspasser sein und irgendwelche Kurse anbieten. Und aufsuchende Sachen gibt es auch schon viele. Ich weiss nicht, inwieweit so eine Person überhaupt in Notsituationen aktiv auf die Leute zugehen könnte. Ich fasse das nicht. Das ist ein ganzes Team. Ich arbeite im Gesundheitswesen, das ist ein ganzes Team von Leuten, was du da vorgestellt hast und sicher nicht eine 60 %-Stelle.

GR Donati: Ich habe auch etwas zum Thema Stellen im Sozialdienst. Markus, du hast gesagt, du hättest noch Vakanz. Wenn ich es richtig verstanden habe, fehlen dort Leute, die arbeiten. Ist das so? Ja. Jetzt möchtet ihr wieder eine neue Stelle ausschreiben. Wieso sucht ihr denn jetzt nicht für die vakanten Stellen jemanden, der diese Fähigkeiten hat? Übrigens, ich habe eben nachgeschaut. Auf der Homepage der Stadt Kreuzlingen habe ich keine offene Stelle im Sozialdienst, also in deinem Bereich gefunden.

SR Brüllmann: Wir haben eine Unterlast. Eine Analyse hat uns gezeigt, dass wir im gesetzlichen Betreuungsdienst mit -0.85 oder -85 % unterwegs sind, im Bereich des Sekretariats. Das Sekretariat des gesetzlichen Betreuungsdiensts läuft tatsächlich schon längere Zeit nicht gerade auf dem Zahnfleisch, aber sie haben sicher nicht zu wenig zu tun. Das definitiv nicht. Bei der Sozialhilfe ist es jetzt nicht mehr ganz so dramatisch, aber die Analyse meine ich mich zu erinnern, war 2016, damals hiess es, wir hätten 100 Stellenprozente zu wenig, eigentlich auch für die Bewältigung der Arbeit im Sekretariat. Aber auch da funktioniert es bisher noch. Vielleicht nicht ganz so auf dem guten Niveau wie beim gesetzlichen Betreuungsdienst, aber im Moment ist es tatsächlich nicht angezeigt, dass wir dort eine Verstärkung machen müssten, daher lässt sich das tatsächlich mit der Stelle des Altersverantwortlichen nicht kombinieren.

Abstimmung

Der Antrag von GR Portmann wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 44, Konto 6310.3300.40, Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt

GR Dufner: Dort haben wir die Abschreibung des Hafenmeistergebäudes drin, das wir vorhin herausgestrichen haben. Selbstverständlich ist auch diese Position zu streichen, falls man darüber noch separat abstimmen lassen will.

Der Ratspräsident: Nein, wir stimmen darüber nicht separat ab, da die Sache logisch zusammenhängt.

Seite 48, Konto 7500.3131.00, Planungen und Projektierungen Dritter

GR Dufner: Hier haben wir den Reduktionsantrag, wo es um die Überprüfung Naturinventar, Massnahmenplan Biodiversität geht von CHF 45'000 auf neu CHF 15'000. Im Namen der FRK stelle ich den Reduktionsantrag. In der Annahme, dass die Bauverwaltung etwas dazu sagen wird, was wir im Nachtrag zum FRK-Protokoll erhalten haben, verzichte ich darauf, das auch noch auszuführen.

SR Zülle: Wir haben mit dem Protokoll der FRK etwas nachgeliefert, weil wir die CHF 45'000 zu wenig gut begründen konnten. Man hatte zwar die Massnahmen, aber wie man dazu kommt, da fehlte mir ein bisschen das Fachwissen und ich musste zuerst schauen, wie sich die Kosten ganz genau auswirken und warum wir diese Kosten haben. Wir haben es auch noch geschrieben, aber ich möchte noch zu einigen Punkten etwas sagen. Es geht darum, dass es ein Naturinventar gibt, das 1992-1995 gemacht wurde. 2018 wurde es überprüft und jetzt will man es auf den aktuellsten Stand bringen. Das heisst,

man macht eine Bestandsaufnahme der ganzen Pflanzenwelt, macht ein Inventar. Man möchte bezüglich Biodiversität schauen, was man verbessern kann. Später, in zwei, drei oder vier Jahren soll das Inventar vergleichbar sein. Man will also vergleichen, was sich verbessert hat und ob es in Sachen Biodiversität in die Richtung geht, in die man will. Man rechnet dafür etwa CHF 20'000 für eine Drittperson, die das machen muss. Dann haben wir weitere CHF 25'000, darum kommen wir auf CHF 45'000. Dort geht es darum, auch in der Tierwelt ein Inventar zu machen und alle Tiere zu erfassen, auch Aktionen mit Tieren zu machen. Es gibt Sympathieträger wie zum Beispiel den Igel, wo man eine Bestandsaufnahme macht und schaut, dass die Leute Igel melden, damit wir wissen, wo wie viele Igel sind und was wir dazu beitragen könnten, damit sie sich wohlfühlen oder sich dort wieder ansiedeln, wo sie vielleicht eben nicht mehr sind. Genau gleich geht es mit anderen Sachen, da gibt es jeweils Nachtarbeit, nämlich für die Fledermäuse. Die meisten Tiere sind nämlich nachtaktiv. Auch diese müssen gezählt und eine Bestandsaufnahme gemacht werden. Das sind all die Sachen, die wir zu machen versuchen. Es gibt noch etwas Anderes, dass wir zum Beispiel Kurse und Schulungen für Hausabwarte und Schulhausabwarte anbieten, wo man ihnen zeigt, wie man einen Garten macht, wo man nicht mit dem Rasenmäher darüberflitzt, sondern wie man heute mit Blumenwiesen arbeiten kann. Ähnlich wie wir es als Vorbild beim Bellevue haben. Diese Perlen sind alle rundherum ganz naturnah gemacht, da gibt es Igel usw. Man schaut auch, dass die Vögel die Möglichkeit haben, sich weiterzubewegen als nur auf einem Baum usw. Ich bin zwar nicht Biologe, aber es gibt da ganz viele Sachen und da braucht es halt Biologen oder mindestens Studierende, die so etwas für uns machen können. Das sind unter dem Titel Biodiversität Möglichkeiten, wie man es machen kann. Natürlich kann man einfach säen. Ich habe GR Leutenegger schon verstanden. Man kann auch einfach die Schaufel nehmen und anfangen. Das klingt schon sehr gut, aber man muss auch schauen, was der Erfolg aus der ganzen Geschichte ist. Wo stehen wir? Wie sieht es nachher aus? Wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten? Es gibt noch etwas, jetzt komme ich wieder zur Digitalisierung. Wir haben das sogenannte GIS, das ist das Geoinformatiksystem. Dort wollen wir Bäume, Grünflächen, möglichst viel darauf erfassen, wo man dann auch sieht, wie der Bestand sich verändert. Er wird sich dann farblich verändern. So eine Karte gibt es von 1995, 25 Jahre alt, die ist natürlich nicht mehr aktuell. Aber die will man digital machen und sollte auch zugänglich sein. Das GIS kann auch für die Bevölkerung zugänglich sein, dass man solche Sachen machen kann. Wir wollen also die Biodiversität in unserer Stadt fördern und dazu braucht es gewisse flankierende Massnahmen, die halt Geld kosten. Das ist das, was budgetiert ist. Es kann sein, dass wir weniger brauchen, das hoffen wir immer. Wir geben nicht Geld unnötig aus, aber man kann nicht alles allein machen, man kann nicht alles ohne Dritte machen. Darum bitte ich, dem Antrag nicht zu folgen und die CHF 45'000 stehen zu lassen.

GR Leutenegger: Ich konnte mir ehrlich gesagt auch nie vorstellen, dass ich in meiner politischen Arbeit jemals einen Antrag stelle, unter diesen Positionen Mittel zu streichen. Aber ich habe es in der Motion schon zum Ausdruck gebracht – oder wir haben es zum Ausdruck gebracht und die Mehrheit hier im Saal auch –, es gibt Bibliotheken voll mit Inventar, mit Massnahmenplänen. Die Stadt hat nicht gerade eine Bibliothek voll, aber für eine halbe wird es wohl auch schon reichen. Und die sind in einer irrsinnig guten Qualität. Was man machen muss, ist eigentlich bekannt und es braucht nicht so viele Mittel, um noch einmal und noch einmal und die letzte Tierart auch noch zu erforschen, bis sie dann bei der nächsten Inventarisierung fehlt und man sie dann im Naturmuseum anschauen kann. Ihr müsst mich richtig verstehen. Es wird mehr Geld für die Biodiversität brauchen, aber es braucht nicht mehr Geld für Studien, sondern für die Umsetzung. Und wenn Sie sich die Mühe nehmen, im Budget zu schauen, es gibt für mich keine einzige erkennbare neue Massnahme. Im kleinen Text steht noch neue Amphibienweiher oder Unterhalt beim Yachthafen, aber das ist keine neue Massnahme, das sind einfach Weiher, die verlandet sind und jetzt pflegt man sie wieder ein bisschen aufwendiger, was eben nötig ist. Ich bitte, die Mittel zu beschränken auf CHF 15'000, die ich in den Raum gestellt habe. Das ist zugegeben ein bisschen so. Es soll aber anzeigen, die Massnahmen muss man nur einmal bündeln. Ich habe auch vorgeschlagen, man könnte eine Kommission aus fünf, sechs oder sieben Leuten bilden, auch Mitglieder des Gemeinderats, damit wir nachvollziehen können, wie die Motion umgesetzt werden könnte. Da braucht es einen Moderator und gut ist. Wir brauchen nicht noch die letzte Fledermaus auch noch irgendwo zu wissen. Endlich anfangen. Ich habe es in der FRK schon gesagt, ich hoffe auf

das Langzeitgedächtnis dieses Saals. Wenn wir jetzt hier CHF 30'000 streichen, bin ich der erste, der kommt, wenn es darum geht, CHF 30'000 für ganz konkrete Massnahmen auszugeben. In diesem Sinn bitte ich, den Antrag der FRK anzunehmen. Es soll ein Zeichen gesetzt werden. Es ist kein Naturschutz, immer weitere Studien zu machen, bis der letzte noch irgendwo aufgespiesst im naturhistorischen Museum ist.

GR Wittgen: Ich möchte nicht zu weit ausholen, aber ich würde da auch gern Stellung beziehen. Tatsächlich würde ich auch gern CHF 30'000 mehr ausgeben für die Biodiversitätsförderung, das ist gar keine Frage. Allerdings geht es eben darum, dass diese Beträge für konkrete Projekte mit einer absehbaren Umsetzung budgetiert werden können. Um Projekte, die sich an dem vielversprechenden Massnahmenplan von Stefan Braun orientieren, auszuarbeiten und aufzugleisen, eventuell in einer Kommission, sollte der tiefere Betrag in 2021 reichen. Es ist mir unglaublich wichtig zu sagen, dass es nicht in Zukunft so weitergehen soll, dass man einfach sagt, wir brauchen nicht so viel Geld. Sondern es sollen Projekte ausgearbeitet werden, wo man ganz konkret sagen kann, wir wollen zum Beispiel Igel fördern. Was gibt es für Möglichkeiten, in diesem Projekt eine Erfassung zu machen? Kann man die Bevölkerung miteinbeziehen? Wer wertet dann die Daten aus? Was kommt konkret heraus, damit die Igel gefördert werden. Es gibt verschiedene Beispiele dafür, mega viele gute Ansätze in diesem Entwurf des Massnahmenplans und dafür brauchen wir für die Folgejahre nach 2021 sicher höhere Beträge.

Abstimmung

Der Antrag der FRK wird einstimmig angenommen.

Seite 49, Konto 7690.3000.01, Projektsteuerung Energieplanung

GR Dufner: Namens der FRK stelle ich einen Streichungsantrag für diese Budgetposition.

SR Zülle: Klimaschutz war in der Stadt und in der ganzen Welt überall ganz gross angeschrieben, bevor Corona kam. Es gab Demonstrationen, der ganze Wahlkampf drehte sich um den Klimaschutz. Jetzt ist es ein bisschen ruhiger geworden. Vielleicht ist es wegen Corona, ich weiss es nicht, aber es gab immerhin politische Vorstösse. Einer hiess Green Deal, wo man gezeigt hat, wie so ein Programm aussehen könnte und wohin die Stadt in Sachen Klimaschutz steuern will. Wir sind Energiestadt und wir werden vermutlich bald das Energielabel Gold erhalten, weil wir eben die Energiemassnahmen bereits schon seit Jahren fördern und verschiedene Sachen machen. Gerade im November findet wieder eine Tagung statt, wo wir Interessierte einladen, die ihre Häuser sanieren wollen. Wir machen nächstes Jahr etwas zum Thema Heizungen, wo wir zeigen, was es für Möglichkeiten gibt und was der Wert dessen für den Klimaschutz ist. Wir haben verschiedene Sache wie Kälteversorgung- und Fernwärmestudie, die wir zusammen mit den Technischen Betrieben machen. Man will versuchen, möglichst den Energieverbrauch zu senken, dann natürlich auf fossile Brennstoffe verzichten und so weiter. All diese Geschichten kosten einfach Geld. So eine Veranstaltung kostet Geld, wir müssen Inerate machen, wir werden mit verschiedenen Spezialisten zusammenarbeiten, wir wollen das Optimum erhalten. Wir sind schon auf einem guten Weg und haben das Ganze verstärkt, weil wir gemerkt haben, dass wir den Absenkpfad bis zum Ziel 2050 nicht erreichen werden. Es kommt nachher noch einmal ein Antrag, daher wollen wir auch die Fördermassnahmen verstärken. Wir wollen erreichen, dass nicht nur 1 % ihre Häuser sanieren, sondern mindestens 3 % pro Jahr. 3 % in 10 Jahren sind 30 %, dann wissen wir etwa, wo wir hinkommen. Wenn wir nämlich diese Häuser alle sanieren, haben wir viel erreicht. Das eine sind Häuser, das andere ist der Verkehr, da geht es um ÖV etc. Das ist jetzt gerade auch nicht der Renner, wenn jeder mit Maske einsteigen muss, das ist mir absolut klar. Es ist vielleicht nicht gerade das Highlight, wenn ich das sage, aber der ÖV sollte auch gefördert werden und der motorisierte Individualverkehr sollte abgesenkt werden, damit wir so bessere Luft und ein besseres Klima erhalten. Ich bin kein Klimaaktivist, ich habe einfach gedacht, wir müssen oder sollten das verstärken, wir waren schon auf dem Weg und haben gesagt, wir müssen dort etwas investieren. Wenn man das nicht will, dann will man das nicht, aber ich bin der Meinung, es wäre gut investiertes Geld, wenn die Projektsteuerungsgruppe, die wir bereits gegründet haben und die bereits an der Arbeit ist, auch mit Leuten aus den TBK, auch Leuten aus der Liegenschaft und von uns, die bereits daran arbeiten, aber ganz ohne Drittpersonen geht es manchmal nicht. Wir brauchen dazu Fachleute, damit wir da auf den richtigen

Pfad kommen. Darum bitte ich euch, diese CHF 46'000 für den Klimaschutz in Kreuzlingen stehen zu lassen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 49, Konto 7690.3635.00, Objektbeiträge Energie an Unternehmen / 7690.3637.00 Objektbeiträge Energie an private Haushalte

GR Dufner: Es geht inhaltlich beides Mal um das Gleiche, einmal um Unternehmen, einmal um private Haushalte. In der FRK-Sitzung wurde ein Reduktionsantrag gestellt, weil man uns zu wenig detailliert erklären konnte, um was es hier genau geht. Darum hat man gesagt, wir gehen zurück auf die Basis des Budgets 2020, nämlich CHF 15'000 bei beiden Konten statt den CHF 75'000, die jetzt budgetiert werden. Das steht im Zusammenhang mit den GEAK, da wird uns, nehme ich an, SR Zülle weitere Ausführungen machen. Daher verzichte ich auch hier darauf, das, was mit dem Protokoll in der FRK nachgeliefert wurde, euch zum Besten zu geben.

SR Zülle: Jetzt kommen die Massnahmen. Eine der grossen Massnahmen für den Klimaschutz oder um den Absenkpfad der Energie zu erreichen, nämlich die Häuser zu sanieren. Wir haben eine Richtlinie, die am 14. April 2020 geändert wurde, gemäss der wir Förderbeiträge bezahlen, wenn jemand ein Haus saniert oder wenn er ein neues Haus baut und gewisse Voraussetzungen erfüllt, zum Beispiel Minergie, Minergie P etc. Es gibt da ganz verschiedene Klassifizierungen. Lange wurde das nur für Neubauten genutzt, weil Altbauten zu Minergie oder Minergie P sanieren nicht Usanz ist. Warum nicht? Wenn man ein altes Haus saniert und noch eine künstliche Lüftung einbauen möchte, gibt es meistens Schwierigkeiten mit der Dichtigkeit, mit Leitungen verlegen etc., weil auch die Räume nicht so hoch sind. Es gibt auf jeden Fall Schwierigkeiten mit künstlichen Belüftungen und das wurde nur selten überhaupt gemacht. Ich kenne nur ein Haus, wo das gemacht wurde und das steht in Steckborn bei einem Kantonsrat. Wir haben geschaut, wie wir trotzdem Häuser fördern können, die dringend renoviert werden sollten, damit nicht alles verpufft, wo eine Ölheizung drin ist und viel Öl verbraucht wird und alles verschleudert wird und die Leute riesige Rechnungen für die verbrauchte Energie erhalten. Da gibt es ganz verschiedene Sachen. Das eine ist uns natürlich ins Auge gestochen, es gibt einen sogenannten GEAK-Bericht, das ist der Gebäudeenergieausweis der Kantone. Dabei stellt ein Fachmann fest, was man aus einem Haus machen kann. Ähnlich wie man es bei den Autos jeweils sieht mit Farben und den verschiedenen Klassifizierungen, die man erreicht, stellt er fest, was man machen kann, zu welchem Standard man es sanieren kann. Zum Beispiel Effizienz Gebäudehülle, damit eine Mindestklassifikation C oder Effizienz Gesamtenergie, das gibt Klassifikation B. So rutscht man dann hinein, wenn man es so saniert. Und wenn man es so saniert, hat man gesagt, sollte man doch auch einen Beitrag bezahlen. Den Beitrag haben wir 2019 bereits gesprochen, das ist eine Richtlinie des Stadtrats, also ein Stadtratsbeschluss, und zwar CHF 20 pro Quadratmeter, maximal CHF 10'000. Also bekommen jetzt auch Häuser Geld, die saniert werden und nicht den Minergie-Standard erreichen. Es gibt noch mehr Sachen, zum Beispiel ganz neu die Gasanschlüsse. Wenn man einen Gasanschluss hat und diesen zurückbaut, weil man eine Luftwärmepumpe oder eine Erdsondenbohrung machen will für eine andere Heizung oder alles mit Sonnenenergie machen will und sagt, ich will auf die Verbrennung von Gas verzichten, muss er den Rückbau bezahlen. Das kostet rund CHF 4'000 bis CHF 5'000. Wir sind dann zum Schluss gekommen, dass wir die Hälfte bis maximal CHF 2'500 bezahlen möchten. Auch das ist ganz neu seit April, wo wir das den Leuten geben wollen. Es gibt noch verschiedene weitere Sachen, die subventioniert werden. Wichtig ist auch, wir gehen hier nach dem Kanton. Wenn der Kanton feststellt, dass das subventionswürdig ist und einen Beitrag spricht, gibt auch die Stadt einen Beitrag. Das wird ganz gut geprüft und muss alles erfüllen. Nun haben wir festgestellt, dass mehr Anträge kommen. Unser Energiebeauftragte hat gesagt, wir müssen damit rechnen, dass Anträge auf rund CHF 75'000 auf Subventionierung für Häusersanierungen kommen werden. Genauso auch von Geschäftsliegenschaften. Ich glaube, das ist eine gute Sache, denn das kommt allen zugute, so werden wir die Klimaziele erreichen. Wie schon gesagt, unser Ziel ist es, 3 % pro Jahr zu erreichen. Flankierend dazu machen wir auch noch Kurse, wo wir den Hausbesitzern zeigen, was man alles machen kann. Da haben wir Spezialisten vom Kanton

dabei. Im November ist der nächste Kurs und nächstes Jahr werden wir etwas über Heizungen machen. Das hat alles damit zu tun. Darum bitte ich euch, die je CHF 75'000 stehen zu lassen. Jeder, der ein Gesuch einreicht, hat Anspruch auf das Geld. Sonst müssen wir einfach einen Nachtragskredit machen. Es kann sein, dass wir es nicht brauchen. Ich wünsche mir, dass wir es brauchen, denn dann werden viele Häuser saniert. Und – das darf man zum Schluss auch sagen – es gibt Arbeit für viele Handwerker. GR Moos: Ich habe eine Frage an SR Zülle. Ist es so, dass man nur ein Gesuch einreichen muss, also das beim Kanton und dann erhält man automatisch den Beitrag der Stadt?

SR Zülle: Nein.

GR Moos: Okay, das ist das, was ich wissen wollte. Dann mache ich einen Gegenantrag. Ich sage, die CHF 75'000 sind um CHF 10'000 zu kürzen auf CHF 65'000 in beiden Positionen. Ich bin der Meinung, dass der Förderfranken möglichst effizient eingesetzt werden soll. Im Kanton Thurgau ist es so, das kann man zum Beispiel im Förderprogramm nachlesen, dass CHF 1 Fördergeld rund CHF 8 Investitionen auslöst. Ich gebe SR Zülle recht, im Prinzip profitiert durch das Förderprogramm nicht nur das Klima, sondern natürlich auch die lokalen Handwerksbetriebe. Was mich beim Vorgehen von Kreuzlingen allerdings ein bisschen stört, ist das ineffiziente Vorgehen. Aus meiner Sicht ineffiziente Vorgehen, ich möchte das betonen. Die Stadt sieht das vielleicht anders. Ich bin der Meinung, ich habe es vorhin an anderer Stelle erwähnt, die Verwaltung sollte Dienstleistungen anbieten. Wenn ich zwei Förderanträge ausfüllen muss, dann ist das für mich als Bauherr einfach nur lästig, denn ich mache die Arbeit zwei Mal. Deshalb stelle ich den Antrag, die Förderbeiträge um CHF 10'000 zu kürzen und mit dem Kanton eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, damit man nur einen Förderantrag ausfüllen muss und der Kanton das Förderprogramm vollzieht. In anderen Gemeinden funktioniert das hervorragend. Man bezahlt für die Prüfung eines solchen Förderantrags einen tiefsten dreistelligen Betrag. Also billiger kann man den Vollzug nicht organisieren, darum bin ich der Meinung, sollen die CHF 10'000 abgezogen werden von den CHF 75'000. Am Schluss hat man wahrscheinlich gleich viel, weil der Aufwand durch den Effizienzgewinn wieder eingespielt wird, wenn ich mich da nicht irre.

SR Zülle: Geschätzter GR Moos, erst mal bin ich dir dankbar, dass du nicht für die Streichung bist. Das würde auch nicht viel bringen, denn wenn Gesuche kommen, müssen wir es schliesslich auch bezahlen. Die Strafe von CHF 10'000 kann ich nicht recht einordnen. Die CHF 75'000 sind eine Hochrechnung. Für so viel kommen Anträge und so viel bewilligen wir. Da ist nicht noch irgendeine Bearbeitungsgebühr oder irgend so etwas drin. Die CHF 75'000 sind das Geld, das wir an die Leute weitergeben. Es ist so, dass die Gesuche relativ einfach sind. Ich habe selber eines gestellt, daher weiss ich es, es ist ein Blatt ausfüllen und anhängen, was man gemacht hat. Es ist etwas ganz Einfaches. Bezüglich deiner Idee bin ich gar nicht abgeneigt, das können wir gern umsetzen, das können wir auch gern besprechen, es braucht aber nicht die Strafaktion von CHF 10'000. Sie nützt nichts. Wenn viele Gesuche kommen und wir sie bezahlen müssen, dann müssen wir sie bezahlen, dann gibt es einfach einen Nachtrag. Ich möchte einfach sagen, hier geht es um die Umsetzung einer Richtlinie eines Stadtratsbeschlusses. Sonst muss man sagen, der Stadtratsbeschluss ist falsch, wir wollen nicht, dass da Subventionierungen auf Energiebasis stattfinden. Ich würde aber beliebt machen, das nicht zu torpedieren, sonst sind wir bald keine Energiestadt mehr.

GR Moos: Wenn es so ist, dass die Bearbeitungsgebühr nicht in den CHF 75'000 drin ist, dann werde ich meinen Antrag zurückziehen und dafür beliebt machen, dass man die CHF 75'000 annimmt plus dem Stadtrat den Auftrag gibt, den Vollzug zu vereinfachen und mit dem Kanton eine entsprechende Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

Der Ratspräsident: GR Moos, du hast deinen Antrag zurückgezogen. Das mit der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton ist eine Bitte an den Stadtrat oder ist das ein Antrag?

GR Moos: Das ist selbstverständlich ein Auftrag.

Der Ratspräsident: Nochmals: Wenn es ein Antrag ist, stimmen wir darüber ab, wenn es eine Bitte ist, stimmen wir nicht darüber ab. Ist es nun ein Antrag oder eine Bitte?

GR Moos: Wie gesagt, ich würde dem Stadtrat beliebt machen, wenn er die CHF 75'000 erhält, dass er die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton abschliesst.

Der Ratspräsident: Vielen Dank, es ist also kein Antrag, sondern eine Bitte. Somit bleibt nur der Antrag der FRK.

Abstimmung

Der Antrag der FRK wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Rückkommen

Hauptdokument Seite 9, Investitions-Nr. 6150, Sanierung Löwenstrasse

GR Dufner: Am Anfang ist es ein bisschen gar schnell gegangen, daher habe ich es verpasst, im Namen der FRK den Antrag zu stellen, diesen Kredit mit *1 zu versehen.

SR Zülle: Wir sind einverstanden. Wir sind bereits an der Vorbereitung der Gemeinderatsbotschaft. Wir wollten einfach relativ früh wissen, ob wir eine Botschaft machen müssen oder nicht, denn wenn das kommt, verzögert sich der ganze Bau. Darum haben wir die Anfrage selber gestellt und werden uns dem natürlich fügen. Ich werde *1 sicher nicht bekämpfen, das kommt so.

Abstimmung

Der Antrag der FRK wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Das Budget 2021 wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen genehmigt.

Finanzplan

GR Hummel: Ich habe einmal den Finanzplan ein bisschen analysiert und auch Aktualitäten berücksichtigt, was die Zukunft anbelangt. Einerseits Corona und neu haben wir möglicherweise auch noch Flüchtlingsströme, ich weiss es auch nicht. Ich komme nochmals zurück auf die Studie der SKOS, die eine Steigerung der Sozialleistungen im Jahr 2021 um 10 % prognostiziert und ab 2022 weitere 10 %. Die SKOS geht davon aus, dass es bis ins Jahr 2022 fast 30 % mehr Sozialhilfebezüger geben wird. Wenn man das aufrechnet auf den operativen Verlust, gibt das innerhalb der vier Jahre der Finanzplanspanne mehr als CHF 20 Mio. Das entspricht mindestens 10 Steuerprozenten und so einen Verlust könnte man auch mit Steuererhöhungen nur marginal auffangen. Ich bin enttäuscht, wie diese Budgetberatung gelaufen ist. Ich sehe, wir laufen in ein Riesendefizit hinein, wir werden riesige Probleme erhalten und die Mehrheit hier drin sieht das aber offenbar anders.

STP Niederberger: Ich möchte erst kurz auf ein Votum von GR Hummel eingehen, welches sie in den Fraktionsmeinungen äusserte, dass sie beim Stadtrat den Sparwillen vermisst. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Budget 2021 Steuerausfälle von rund CHF 4 Mio. haben. CHF 2 Mio. wegen der Steuergesetzrevision und CHF 2 Mio. wegen Mindereinnahmen aufgrund von Corona. Wir konnten jetzt ein Budget von CHF 2.8 Mio. präsentieren. Da steckte sehr viel Arbeit dahinter. Wir haben es geschafft, den Sachaufwand um 2.7 % zu reduzieren. Wir haben es geschafft, einen praktisch gleichbleibenden Personalaufwand zu haben und wir konnten mit verschiedensten Massnahmen bereits im Budget 2021 langfristige Einsparungen erreichen. So sind wir auf die CHF 2.8 Mio. heruntergekommen. Wir sind uns aber sehr wohl bewusst, dass wir noch nicht fertig sind. Wir sehen im Finanzplan, dass die Aussichten nicht gut sind und wir werden weiter daran arbeiten. Es sind weitere Massnahmen in der Pipeline, die wir in den nächsten Monaten in der Verwaltung anpacken und umsetzen werden, die sich positiv auf die Budgets 2022 und 2023 auswirken werden. Der Finanzplan ist eine rollende Planung, den müssen wir jedes Jahr neu anschauen und beurteilen und ich bin überzeugt, wir sind jetzt in einer Phase einer sehr grossen Unsicherheit und wir werden in den nächsten Monaten mehr Klarheit bekommen, was die Entwicklung der Corona-Krise, Entwicklung der Sozialhilfekosten, Entwicklung der Steuereinnahmen anbelangt. Wir als Stadtrat sind uns durchaus bewusst, dass wir da Massnahmen treffen müssen und das werden wir auch machen.

GR Rüegg: Man kann sich dazu nur äussern, wir haben dazu nichts zu sagen. Wenn jemand die Seite des Finanzplans mit dem Titel Finanzentwicklung Grafik zu Gesicht bekommt, die aufzeigt, wie sich die

Schulden vom Jahr 2015 bis ins Jahr 2049 entwickeln werden, kommen einem da schon Bedenken. Insbesondere wenn das Leute ausserhalb des Gemeinderats sehen, wenn sie es überhaupt zu sehen bekommen und sie finden. Was mich wundert, ist, dass der Kommentar auf Seite 3 bei der Gesamtbeurteilung so vage ist. Auch so vage, wie jetzt der Stadtpräsident gerade gesagt hat. "Wir werden dann schon Massnahmen beschliessen." Es hat ein lustiges Wort drin, das Wort "Umpriorisierung" im letzten Satz. Das sagt alles und nichts. Ich muss einfach sagen, ich bin ein bisschen erstaunt, dass er zu dieser Entwicklung, wie sie hier aufgezeigt wird, auch wenn er kein Worst Case ist, nicht mehr sagt. So eine Kurve habe ich noch nie gesehen, seit ich im Gemeinderat bin, und angefangen habe ich etwa 1987. Ich wollte nur sagen, ich hoffe, man äussert sich dazu noch, was natürlich der Fall sein wird. Wahrscheinlich werden in den nächsten Jahren noch ein paar Ereignisse passieren, die wir nicht im Griff haben oder die diese Sache noch ein bisschen verbessern werden. Aber wie gesagt, mich erstaunt es, dass man nicht mehr dazu sagt. Ich habe jetzt dazu etwas gesagt.

Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

17. Baurechtsvertrag mit der Wohnbaugenossenschaft Region Kreuzlingen für ein genossenschaftliches Wohnbauprojekt auf den Parzellen Nrn. 5115 und 6631 an der Rieslingstrasse
Gemeinderäte Ramona Zülle und Cyrill Huber befinden sich im Ausstand

GR Pleuler ergänzt das Büro als Stimmzähler.

Eintreten ist unbestritten

GR Hebeisen, Sprecher AuA: Ich wollte euch zur Auflockerung einen Witz erzählen, habe ihn aber bei zwei Fraktionskollegen ausprobiert und es hat überhaupt nicht funktioniert, also verzichte ich darauf. An der Sitzung vom 9. September 2020 haben wir in der Kommission diese Vorlage beraten. Anwesend waren der Stadtpräsident sowie der Stadtschreiber, Beat Rüedi und GR Huber von der Wohnbaugenossenschaft. Ich möchte mich auf das beschränken, was ergänzend zur Botschaft erörtert wurde. Die Vertreter der Wohnbaugenossenschaft haben dargelegt, dass dieser Bau als Startprojekt, als Pilotprojekt gedacht ist und durchaus es möglich ist, dass in Zukunft weitere Projekte in der Art, wie man hier arbeiten möchte, vollzogen werden können. Im Weiteren legten die Vertreter der Wohnbaugenossenschaft dar, das Projekt sei durch alle zuständigen Instanzen wie Kontrollinstanz der Wohnbaugenossenschaft Ostschweiz, Bundesamt für Wohnungswesen geprüft und für gut befunden worden. Damit seien alle notwendigen Abklärungen mit positivem Ergebnis erfolgt. Beat Rüedi legte dar, dass man dementsprechend guter Dinge sei, das Projekt umsetzen zu können. Ein Thema war die Vergünstigung gegenüber Marktpreisen. Vertreter der Wohnbaugenossenschaft haben erläutert, die Wohnungen seien im Anfangsstadium rund 10-20 % günstiger als die Marktpreise, auch weil es sich um einen Neubau handle und die Mieten sich am Anfang nach den Kosten richten, die finanziert werden müssen. Allerdings sei es auch gemäss eingeholten Erkundigungen bspw. beim Dachverband für Wohnbaugenossenschaften Ostschweiz so, dass erfahrungsgemäss die Mieten langfristig nach 10 Jahren 20-30 % günstiger seien gegenüber Marktmieten. Es wurden dann noch Vergleichsbeispiele erörtert. Der Stadtpräsident führte aus, an der Rütistrasse rechne man mit CHF 2 pro Quadratmeter, was 50 % teurer sei als bei diesem Projekt. Laut Botschaft Seite 3 sind es CHF 280 pro Quadratmeter. Auch der Stadtpräsident hat bestätigt, dass durch die Wohnbaugenossenschaft keine Rendite auf dem Objekt erzielt werden müsse, was der Sinn der Sache ist und daher die Wohnungen zu Beginn nicht viel günstiger seien, aber nach etwa 10 Jahren erfahrungsgemäss viel günstiger und attraktiver gegenüber Marktpreisen würden. Wir haben noch darüber gesprochen, wer bisher die Vorleistungen erbracht hat. Bisher kostete es die Stadt nichts. Vertreter der Wohnbaugenossenschaft erläuterten, dass dies vorerst aus Eigenmitteln bezahlt worden sei und auch der Architekt Vorleistungen erbracht habe. Man habe explizit, nicht wie andernorts, die Stadt in diesem Stadium nicht belasten wollen. Bestandteil der Vorlage ist,

dass der Spielplatz exklusiv Spielgeräte, die die Stadt bezahlen und unterhalten muss, für die Baurechtsdauer durch die Genossenschaft unterhalten werden muss. Ebenfalls muss die Genossenschaft eine Gartenhalle bauen und bei Bedarf ersetzen sowie unterhalten. Kritik wurde angebracht, dass die beiden Verkehrswertgutachten durch die gleiche Gutachterin erstellt worden seien. Einem aufmerksamen Beobachter ist dies aufgefallen. Dies war gewissermassen ein "Betriebsunfall", weil man es bei der TKB in Auftrag gab und nicht mitbekam, dass die gleiche Gutachterin das Gutachten erstellt, die dann noch zu einem anderen Preis kam, weil sie dann nach TKB-Kriterien bewertete. Ich weiss nicht, ob ihr drausgekommen seid, aber auf jeden Fall sind wir auch zum Schluss gekommen, dass es nicht so eine wesentliche Rolle spielt, wenn man den Baurechtszins auf CHF 1'000 festlegen würde, dann geht es einfach noch um die hypothetische Differenz zu einem möglichen Baurechtszins. Nicht unwesentlich ist, dass der Stadtpräsident darauf hinwies, dass man auch einen gewissen Ausgleich geschaffen habe, das darf man nicht ganz vergessen, auch einen gewissen Ausgleich zur Subvention geschaffen habe, dass bei einem sogenannten Heimfall in 50 Jahren oder ferner Zukunft die Stadt nur 80 % des aktuellen Verkehrswerts bezahlen muss, was ein gewisser Ausgleich für die Subventionierung durch die Stadt sei. Es gibt dann noch eine Ergänzung als Vorschlag, darauf komme ich in der Detailberatung zurück. Die Kommission genehmigte den Antrag mit 5 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

GR Pleuler: In unserer Fraktion warf diese Botschaft einige Fragen auf. Es ist unbestritten, dass Wohnen ein Grundbedürfnis ist, alle sollten sich eine Wohnung zu tragbaren Bedingungen leisten können. Und es ist wohl auch so, dass die Marktkräfte nicht überall reichen, um das sicherzustellen und dass es deshalb auch gemeinnützige Wohnbauträger braucht, die Land und Liegenschaften vor Spekulationen schützen. Solche Wohnungen sind in der Regel 20 % günstiger als andere Mietwohnungen und sie tragen so zu einer guten Wohnraumversorgung und zu durchmischten Quartieren mit einer hohen Wohn- und Lebensqualität bei. Für einen Teil unserer Fraktion stellt sich aber die Frage, ob es in Kreuzlingen, wo es doch noch verhältnismässig viele bezahlbare und auch freie Wohnungen gibt, einen Eingriff des Staats braucht, wie er mit dem hier vorliegenden Baurechtsvertrag geplant ist. Insbesondere wurde auch die Frage aufgeworfen, ob sich die Personen und Familien, die eigentlich auf günstigen Wohnraum angewiesen wären, die geplanten Wohnungen überhaupt leisten können, weil sie zumindest im Moment noch nicht viel günstiger sind als vergleichbare Wohnungen ohne Genossenschaftshintergrund. Eine weitere Frage, die sich stellt, ist daher die Frage, ob die geplanten Wohnungen überhaupt mit den Mietern gefüllt werden können, für die man sie eigentlich baut. Auf der anderen Seite erkennt ein Teil unserer Fraktion auch die Notwendigkeit, dass gerade eine Stadt wie Kreuzlingen vorausschauend dafür sorgt, dass bezahlbarer Wohnraum auch künftig vorhanden ist. Dieser Teil der Fraktion findet es auch eine gute Idee, günstigen Wohnraum für Familien zu fördern. Und dieser Teil der Fraktion geht auch davon aus, dass man erwarten kann, dass die Miete dieser Genossenschaftswohnungen in 10 oder 20 Jahren tatsächlich deutlich günstiger sind im Vergleich zu anderen vergleichbaren Wohnungen, wo die Mieten auch eine angemessene Rendite abwerfen und daher einfach teurer sein müssen. Schon heute ist es wahrscheinlich so, dass eine nigelneue Wohnung nur im Rahmen einer Wohnbaugenossenschaft zu den Preisen wie in der Botschaft angedeutet gemietet werden kann. Doch aufgrund der beschriebenen Bedenken wird voraussichtlich rund die Hälfte unserer Fraktion diese Botschaft ablehnen.

GR Neuweiler: Wir durften am Montag in der Fraktionssitzung den Vertreter der WeBeGe Beat Rüedi bei uns als Gast begrüßen. Es war eine sehr intensive, aber auch gute Diskussion. Warum soll der Kreuzlinger Steuerzahler CHF 800'000 bis CHF 1 Mio. über die Jahre ausgeben, um diese Genossenschaft zu finanzieren? Wenn wir die Preise anschauen, sind wir bei der Erstellung mit rund CHF 1'768 für eine 4½-Zimmerwohnung voll im Markt. Man findet günstigere Wohnungen und wenn man es auf die Quadratmeter umrechnet, sind wir wirklich etwa in der Mitte der Marktpreise. Dann ist es die Kostenmiete. Durch den Kommissionspräsidenten wurde vorhin gesagt, dass diese in 10 Jahren 20-30 % billiger werden sollen, der Vertreter der WeBeGe geht eher von 30 Jahren aus, bis die Wohnungen wirklich viel günstiger sind als andere. Dann muss man auch die Lage anschauen. Diese ist aus unserer Sicht nicht wahnsinnig gut, das steht auch im Gutachten. Ist das wirklich etwas für Geringverdiener oder ist es einfach ein normaler Preis, den man in Kreuzlingen bezahlen muss mit diesem Projekt?

Nicht vergessen darf man, man muss noch Anteilscheine lösen, damit man überhaupt zu diesen Wohnungen kommt. Diese sind in diesem Preis noch nicht inbegriffen. Zu Diskussionen führte auch die Finanzierung. Diese ist im Moment relativ Spitz auf Knopf, würden wir sagen, was von Beat Rüedi auch bestätigt wurde. Ob sie es schaffen, weiss man nicht und es entstände keinen Schaden, wenn es nicht gelinge. Auf die Frage, was dann passiere, wenn man eine Bauüberschreitung hat, die Finanzierung schon knapp ist und es dann nicht reicht, wer dann einspringen müsse, fiel die Antwort nicht ganz so klar aus. Vielleicht ist man als Stadt rechtlich nicht verpflichtet, moralisch eher schon, dann noch weiteres Geld nachzuschliessen. Auch vermisst wurden die Gemeinschaftsräume, die eine Genossenschaft eigentlich haben sollte, wo man ein bisschen mehr zusammenlebt als in einem normalen Block. Von Teilen unserer Fraktion wurde das auch vermisst. Aus all diesen Gründen und weil wir wirklich von den Mietpreisen her eher im Marktsegment sind und es eigentlich nicht für Geringverdiener ist, wird unsere Fraktion einstimmig gegen diese Botschaft stimmen.

GR Wolfender: Der Stadtrat bekennt sich in seinen Legislaturzielen zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum und möchte jetzt mit dem vorliegenden Projekt und dem Baurechtsvertrag eine Starthilfe leisten. Die FL/G-Fraktion steht dem Grundgedanken des genossenschaftlichen Wohnens positiv und wohlwollend gegenüber. Günstiger Wohnraum ist knapp und für viele sind adäquate Wohnungen an der finanziellen Schmerzgrenze oder bereits schon darüber. Die Wohnungen an der Rieslingstrasse sind mittelfristig sicher günstiger als vergleichbare Objekte. Das ist sinnvoll und nötig, und eine Genossenschaft ist verpflichtet, die Rendite wieder in neue Projekte oder in eine Mietzinssenkung zu investieren. Bei der konkreten Umsetzung hatten wir in der Fraktion noch Fragen, welche zum Teil beantwortet worden sind, manchmal aber nicht so ganz zur Zufriedenheit. Wie soll die Vergabe funktionieren und wie werden langfristig sinnvolle Vergabekriterien angewendet? Wieso muss die Stadt bei einem doch recht grosszügigen Zustupf von CHF 20'000 pro Jahr die Spielgeräte weiterhin unterhalten? Wieso ist im vorliegenden Projekt von der Grundidee des genossenschaftlichen Wohnens nur noch sehr wenig zu sehen? Gemeint sind die gemeinschaftlichen Räume, die GR Neuweiler bereits angesprochen hat. Wird das räumlich und finanziell spitz auf knapp gelegte Projekt wirklich ein positiver Startschuss für diese Genossenschaft? Wir sind fast sicher, dass sich die Unterstützung der Wohnbaugenossenschaft langfristig lohnen wird und dass es von der Grundidee her eine gute und sinnvolle Investition ist – in der Hoffnung, dass es in Zukunft weitere solche Projekte gibt. Die FL/G-Fraktion ist grossmehrheitlich für die Annahme des Baurechtsvertrags mit der WBG.

GR Kuntzemüller: Allfällige Wetten, wie wir abstimmen werden, haben bestimmt nicht stattgefunden. Ich nehme es vorweg: 10 Köpfe minus Cyrill macht 9 Mal Ja. Erlauben Sie mir trotzdem einige Worte zur gehörten Kritik an der WeBeGe. Wir haben es zwar schon gehört, ich möchte mich auch nicht allzu arg wiederholen bzw. das Gesagte wiederholen. Die Parzelle ist eine Restfläche der Stadt, auf der Bauen schwierig ist. Nur schon daher wird es ein bisschen ein teureres Projekt. Zum Argument, dass es trotz des vergünstigten Baurechtszinses immer noch ziemlich hohe Mieten sind: Der Vergleich der Rütiwiese mit CHF 280 pro Quadratmeter ... (Anmerkung der Protokollführung: Die Tonbandaufnahme wurde an diesem Punkt unerklärlicherweise unterbrochen. Das Votum von GR Kuntzemüller wurde deshalb aufgrund ihres Manuskripts ergänzt.)

Zudem wird sich der Mietpreisunterschied, wir haben es gehört, nicht ganz zu Beginn zeigen, auf die Jahre gerechnet dann aber schon. Die genossenschaftlichen Mietpreise werden der Kostenmiete entsprechen, es werden also keine Gewinne abgeführt. Das bedeutet, die Mietpreise werden im Verlaufe der Zeit günstiger als die Mietpreise rundherum. Während die Wohnungsmieten also rundherum steigen, stellt die Genossenschaft sicher, dass die Mieten allenfalls nur aufgrund des Hypothekarzinses steigen. Ein weiterer im Vorfeld gehörter Kritikpunkt ist, dass der Stadt jährlich CHF 20'000.– Baurechtszinsen entgehen. Im Moment bekommt die Stadt aber gar nichts. Zudem: Die Einfassung des öffentlich zugänglichen Spielplatzes und die Gartenhalle sind ein Mehrwert für die Stadt. Der Unterhaltsdienst für den Spielplatz entfällt. Die Stadt ist lediglich für die Spielgeräte verantwortlich. Es ist für die WeBeGe ein Pilotprojekt und auch darum sehr wichtig. Das ist ein Anfang. Es macht den Weg frei für weitere Projekte. So könnten sich auch andere genossenschaftliche Wohnbauprojekte der WeBeGe anschliessen. In Kreuzlingen ist bezahlbarer Wohnraum rar, jegliche Bestrebungen in diese Richtung sind zu un-

terstützen. Das sagen auch die Legislaturziele des Stadtrats. Wir haben uns bereits seit Jahren für bezahlbaren Wohnraum und für genossenschaftlichen Wohnungsbau eingesetzt und werden das auch heute Abend tun. Wir danken der WeBeGe für ihre immensen Vorleistungen und der Stadt Kreuzlingen für ihre Bemühungen mit Weitsicht.

GR Knöpfli: Im Moment passt mir die Sitzordnung gerade besser als im Rathaus, denn es fällt vielleicht ein bisschen weniger auf, wenn ich demnächst aus dem Rahmen falle. Aber aus dem Rahmen fallen ist eigentlich nicht das Ziel, sondern ich möchte versuchen, den Rahmen ein bisschen hinüberzunehmen, damit ich wieder drin bin. Ich bin schwer der Meinung, dass es einer Stadt wie Kreuzlingen sehr wohl sehr gut ansteht, Geburtshilfe für genossenschaftliches Wohnen zu leisten. Klar, günstigen Wohnraum versteht man aufs Erste anders, das ist so. Gratis kann man aber ein Haus weder erstellen noch betreiben. Mindestens bei uns ist es im Normalfall so, dass Fremdkapital verzinst und zurückbezahlt werden muss. Dass dieses Geld via Miete hereinkommen muss und nicht irgendwie vom Himmel fällt, ist wahrscheinlich auch klar, und dass die Differenz zu normalen Marktmieten erst im Lauf der Zeit sichtbar wird, weil die WBG nicht am Renditeziel nachhächelt und nicht bei jedem Pinselstrich und Mieterwechsel mehr verlangt und das Maximum herausaugt. Was können wir denn eigentlich verlieren? Ein schönes Ortsbild? Nein, es gibt nicht ein Wohnsilo à la DDR-Plattenbau, sondern es gibt eine absolut ansehnliche Liegenschaft mit nur 12 guten Wohnungen und sogar mit einem öffentlichen Spielplatz. Was können wir den verlieren? Geld? Das Risiko liegt ziemlich vollständig beim Vorstand der WeBeGe, bei künftigen Investoren bzw. Genossenschaftlern und meinetwegen noch bei den Banken. Aber, und das ist doch entscheidend, nicht wirklich bei der Stadt und nicht wirklich beim Steuerzahler. Und zu diesen rund CHF 20'000 pro Jahr, welche die Baurechtszinsermässigung betrifft, meine ich, dass wir in Kreuzlingen in den letzten rund 70 Jahren schon für viel unnützere Geschichten Geld ausgegeben haben und deutlich mehr gleich auch noch. Was können wir denn verlieren? Ansehen? Im Kreis jeder Familie obliegt es dem Ältesten bzw. meistens den Kindern, für die Kleineren eine Vorkämpferrolle zu übernehmen. Geht es gut, erhält das kleine Schwesterchen oder das kleine Brüderchen das Gleiche auch einmal, geht es weniger gut, muss das Kleinere halt noch mehr kämpfen. Und so ist es doch auch mit diesem Vorhaben, das auf dem Tisch liegt. Wenn die WeBeGe zum Beispiel massiv an den eigenen Zielpersonen vorbeivermieten würde oder sonst irgendetwas aus dem Ruder läuft, wäre das sehr wahrscheinlich der Todesstoss für ähnliche zukünftige Vorhaben und wahrscheinlich auch gleich über die Stadtgrenzen hinaus (Festwiese, Fussballplatz Döbeli). Wenn aber alles gut läuft, gibt das Projekt vielleicht eine Strahlkraft ebenfalls über Kreuzlingen hinaus. Und wer, wenn nicht die grösste Gemeinde weit und breit, soll denn diese Vorreiterrolle einnehmen, wenn nicht wir? Eigentlich hört man doch heute schon viel zu oft, in Winterthur und Frauenfeld und Konstanz gibt es dieses und jenes und in Kreuzlingen geht nichts, nicht einmal dann, wenn praktisch kein Risiko da ist. Ich persönlich bin stolz darauf, dass wir in Kreuzlingen Menschen haben, die etwas machen wollen und auch etwas riskieren und investieren. Es gibt sicher in Zukunft wieder Vorlagen, wo Schwierigtun etwas besser angebracht ist als heute. Ich hoffe jetzt auf den einen oder anderen Seitenwechsel, damit ich wieder im Rahmen bin.

GR R. Herzog: Ich möchte nur kurz auf das Argument eingehen, dass man kumuliert auf 50 Jahre CHF 800'000 bis CHF 1 Mio. von der Stadt einschiess. Man sollte, wenn man das sagt, gleichzeitig berücksichtigen, dass man nur 80 % Heimfall bezahlt. Sprich, wenn die Liegenschaft gleich viel Wert bleiben würde, also rund CHF 4.5 Mio., spart die Stadt beim Heimfall genau wieder diese Million. Insofern ist es ein Nullsummenspiel. Das geht davon aus, dass die Liegenschaft nur den Wert erhält. Die Realität ist in der Regel eine andere.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

Seite 6, 4.3 Besondere Vertragsbestimmungen
Beilage 14 Baurechtsvertrag, Seite 3

GR Hebeisen: Seite 3, 4. Absatz: "Die Baurechtsnehmerin ist verpflichtet, das Baurechtsgrundstück sowie alle darauf errichtete Bauten und Anlagen [...]" Der Antrag lautet auf folgende Formulierung: "Die Baurechtsnehmerin ist verpflichtet, das Baurechtsgrundstück sowie alle darauf errichtete Bauten und Anlagen (mit Ausnahme der Spielgeräte) während der gesamten Vertragsdauer [...]"

Abstimmung

Der Antrag der AuA wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Rückkommen

STP Niederberger: Unsere Wahrnehmung und unsere Feststellung im Stadtrat ist, dass wir schon seit vielen Jahren mit den Mietzinsen in Kreuzlingen am Kämpfen sind. Es ist allgemein bekannt, dass wir in Kreuzlingen hohe Mietzinsen haben und immer wieder Probleme haben, dass Leute eine Wohnung finden. Das war immer wieder ein Thema. Daher war schon in den letzten Legislaturzielen drin, dass man den genossenschaftlichen Wohnungsbau vonseiten des Stadtrats fördern möchte. Und es ist auch im jetzigen Legislaturprogramm drin. Wir erstellen hier keine Sozialwohnungen, wir sprechen hier von genossenschaftlichem Wohnungsbau. Das ist eine Liegenschaft, die nach heutigem Baustandard erstellt werden muss und das hat einfach seinen Preis. Wenn man sich vorstellt, dass das ein Grundstück mit 788 Quadratmetern ist – wahrscheinlich hat der eine oder andere von euch ein Einfamilienhaus mit einem grösseren Grundstück als diese 788 Quadratmeter – hat die WBG es geschafft, auf diesem Grundstück mit 788 Quadratmetern ein Mehrfamilienhaus mit 12 Wohnungen zu planen. Mit den CHF 208 pro Quadratmeter liegen wir in einem sehr guten Range. Ich habe andere Projekte angeschaut, Neubauprojekte, die jetzt gerade auf den Markt kommen, die einiges höher sind. Wir haben jetzt ein gutes Projekt auf dem Tisch, wir haben eine initiative Wohnbaugenossenschaft, die sagt, wir wollen da jetzt ein Startprojekt erstellen. Wir haben übrigens im Thurgau und auch in Kreuzlingen einen sehr tiefen Satz an genossenschaftlichem Wohnungsbau, wenn man es schweizweit vergleicht. Und jetzt haben wir mit diesem Baurechtsvertrag die Chance, in Kreuzlingen ein erstes Projekt zu lancieren. Es ist definitiv eine Investition in die Zukunft und eine Unterstützung, den genossenschaftlichen Wohnungsbau in Kreuzlingen zu fördern. Daher hoffen wir vom Stadtrat, dass eine Mehrheit dem Baurechtsvertrag zustimmt und man dieses Projekt schon bald in Angriff nehmen kann.

Abstimmung

Der Baurechtsvertrag wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltungen genehmigt.

18. Totalrevision des Reglements der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist unbestritten

GR Hebeisen, Sprecher AuA: Dieses Geschäft haben wir in der Kommission ebenfalls am 9. September 2020 im Beisein des Stadtpräsidenten und des Stadtschreibers beraten. Ausgangslage ist Art. 39 Abs. 2 der Gemeindeordnung. "Die Geschäftsprüfungskommission überwacht die Geschäftsführung der gesamten Verwaltung, soweit dies nicht Aufgabe einer Kommission ist." Das ist das höherrangige Recht auf kommunaler Ebene. Nehmen wir doch rasch die Tischvorlage und das wäre dann die Abkürzung, das machen wir doch gleich gesamtheitlich. Art. 1 Abs. 2: Dort soll eingefügt werden "gemeinde-rätliche" Kommission, damit klar ist, dass stadträtliche Kommissionen nicht gemeint sind. Art. 2 Abs. 2: Dort soll "Stadtrat" gestrichen werden. Das ist darum, weil in Art. 1 unter Verwaltung der Stadtrat mitumfasst ist und damit auch in diesem Artikel mit der Verwaltung der Stadtrat mitumfasst ist. Art. 7 schlagen wir vor, statt "antragstellende Person" "antragstellende Dritte", einfach aus dem Grund, dass aus der GPK Mitglieder auch Anträge stellen können und die nicht vom Verfahren ausgeschlossen sein

sollen. In Art. 8 Abs. 4 hatten wir die Idee, "grössere Unregelmässigkeiten" ist zweifach diffus und haben es ersetzt durch "Unregelmässigkeiten, die sofortige Massnahmen erfordern", das ist nur noch einfach diffus. Die Formulierung von Art. 4 Abs. 4 möchte ich der Vollständigkeit halber noch sagen. Das ist nicht mehr in der Tischvorlage, sondern im Reglement, wonach die Kommission kein Protokoll führen kann. Diese gab Anlass zu einigen Diskussionen. Aber die Mitglieder der GPK in unserer Kommission haben uns davon überzeugt, dass das 1. mit Augenmass gehandhabt wird und 2. dass es notwendig ist, dass man über gewisse Belange reden kann, ohne dass ein Protokoll geführt werden muss. So wie ich es verstanden habe, ist nicht die Idee, dass man die ganze Sitzung hindurch kein Protokoll führt, aber dass man die Möglichkeit hat, gewisse Aspekte wegen des Amtsgeheimnisses untereinander zu besprechen, wo kein Protokoll erforderlich ist. Und jetzt habe ich das Abstimmungsergebnis vergessen und ich finde das Protokoll nicht mehr. Aber ich bin ziemlich sicher, es war eine einstimmige Annahme.

GR Knöpfli: Mit jedem Auto muss man ab und zu in den Service, jede Liegenschaft muss irgendwann renoviert oder saniert werden und viele Menschen machen einen 40er- oder 50er-Service. Darum sind die Richtlinien der GPK mit 30 Jahren auch in einem Alter, das eine Sanierung oder ein Service oder eine Renovation nötig macht. Wahnsinnig viel zu diskutieren gab es in der FDP/CVP/EVP-Fraktion nicht. Entweder weil es schon am Montag sehr spät war oder, weil es einfach so ist, bei solchen Reglementen kann man bei einzelnen Satzstellungen wirklich unterschiedlicher Meinung sein, aber grossartig etwas Ändern kommt auch nicht infrage. Darum hat man sich mehr oder weniger auf die Meinung der AuA-Mitglieder verlassen. Wir glauben, es handelt sich um ein relativ schlankes Reglement, wo die wichtigsten Punkte wie Aufgaben, Kompetenzen und Schnittstelle zur FRK genannt sind. Ein Reglement, das lebbar und klar ist. Daher wird die FDP/CVP/EVP-Fraktion wohl einstimmig Ja zu diesem Reglement inklusive der Änderungsanträge sagen.

GR Dahinden: Ich kann es im Namen der Freien Liste/Grüne kurzmachen: wir sind einstimmig der Meinung, das revidierte Reglement mit den Zusätzen der AuA sei anzunehmen.

Materielle Beratung – keine Wortmeldungen

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Totalrevision wird einstimmig genehmigt.

Verschiedenes

19. Schriftliche Anfrage "Wie weiter mit der Plakatflut in Kreuzlingen" / Beantwortung

GR Pleuler: Im Namen der CVP-Gemeinderäte danke ich für die Antwort des Stadtrats. Wir sind erfreut, dass der Stadtrat bei der Überarbeitung der Richtlinien auch eine Limitierung der Anzahl Plakate prüft und auch prüft, ob auf dem Boulevard ganz auf politische Werbung verzichtet werden kann. Es ist uns natürlich bewusst, dass es nach den Ereignissen der letzten Monate jetzt wichtigere Themen gibt als dieses, aber irgendwann kommen die nächsten Wahlen wieder und es ist daher jetzt noch Zeit genug, um Verbesserungen zu prüfen. Bei diesem Thema ist eine Verbesserung auch ganz einfach möglich. Es ist ein Fakt, dass sich viele Leute in Kreuzlingen an diesem Plakatedschungel stören, spätestens eine Woche nachdem sie aufgehängt worden sind. Und es ist auch ein Fakt, dass die Verkehrsteilnehmer abgelenkt werden und es verwundert eigentlich, dass man diese Ablenkungen so lange und im Moment noch in Kauf nimmt. Darum hoffen wir, dass der Stadtrat die Bevölkerung und nicht zuletzt auch die Parteien selbst in diesem Plakatierungswettbewerb entlastet. Die Parteien haben nämlich andere und wichtigere Aufgaben, als nachts um 12 Uhr um die besten Plakatplätze zu kämpfen. Viel wichtiger

ist es doch, dass wir uns mit Inhalten befassen. Und es reicht unserer Meinung nach, wenn die Wählerinnen und Wähler auf bevorstehende Wahlen aufmerksam gemacht werden, aber dafür reicht ein kleiner Bruchteil der jetzt zulässigen Anzahl Plakate auf öffentlichem Grund.

20. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Wir haben erneut eine Gemeinderatssitzung unter Corona-Auflagen erlebt. Herzlichen Dank an die Stadtkanzlei und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Extraeffort, den es jedes Mal braucht, wenn wir nicht im Rathaus sind. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir uns nachher beim Schlummertrunk eng aneinander kuscheln sollten, deshalb bleibt das Büro seiner Linie treu und verzichtet auch für diese Sitzung auf die Bekanntgabe eines Schlummertrunks.

20.1 Sitzungen des Gemeinderats

Der Ratspräsident: Es sind allerdings einige Leute auf mich zugekommen und haben gefragt, warum wir es nicht im Rathaus mit Maskenpflicht machen, während man nicht redet. Ich habe das den Fraktionspräsidenten mitgeteilt, damit sie das kurz ansprechen können, damit wir ein kleines Stimmungsbild erhalten, ob wir so weitermachen möchten wie jetzt oder alternativ, sofern das BAG das zulassen würde, im Rathaus mit Maskenpflicht.

GR Neuweiler: Wir würden die Variante hier im grösseren Saal bevorzugen. Maske nur, wenn es wirklich nicht anders geht.

20.2 GR-Jubiläum

Der Ratspräsident: Ich möchte noch auf das 75-jährige Jubiläum des Gemeinderats hinweisen. Dieses feiern wir am Dienstag, 8. Juni 2021 ab 15.30 Uhr. Um 15.30 Uhr findet das Parlamentariertreffen mit den vier Parlamentsstädten im Thurgau plus Konstanz statt, anschliessend feiern wir unser 75-jähriges Jubiläum. Bitte den Termin vormerken. Das detaillierte Programm folgt noch.

20.3 Abklärung Sitzungen online

Der Ratspräsident: Das Büro hat Abklärungen zu Online-Sitzungen gemacht. Das Büro hat beschlossen, die Kanzlei zu beauftragen, vertiefte rechtliche und technische Abklärungen zu treffen, ob Sitzungen in Zukunft der Legislative, also Gemeinderatssitzungen und Kommissionssitzungen in Ausnahmesituationen auch online stattfinden dürften, falls noch eine zweite Welle kommt. Die Abklärungen laufen noch.

20.4 Startzeitpunkt von Fristen bei politischen Vorstössen

Der Ratspräsident: Weiter hatten wir das Thema der Startzeitpunkte für Fristen bei politischen Vorstössen. An der Bürositzung vom 17. August 2020 haben wir die Bestimmungen im Geschäftsreglement angeschaut. Einzig bei den schriftlichen Anfragen gibt es Handlungsspielraum. Wenn jemand möchte, dass die Frist früher beginnt, kann er eine einfache Anfrage an den Gemeinderatspräsidenten schicken und ihm sagen, dass das jetzt an den Stadtrat überwiesen werden soll. Sobald der Gemeinderatspräsident das Mail an die Stadtkanzlei weiterleitet, gilt die Frist und nicht erst zwei, drei oder mehr Wochen später, wenn Gemeinderatssitzung wäre. Das wäre eine Möglichkeit, um die Fristen zu verkürzen.

20.5 Jahresabschlussessen des Gemeinderats

GR Portmann: Wir haben gerade zum Thema Corona diskutiert, ob wir die Gemeinderatssitzungen im Rathaus oder in einem grösseren Saal machen. Mir liegt etwas am Herzen. Normal gehen wir immer im Dezember nach der Sitzung essen. Wir wissen alle nicht, wie es sich entwickelt mit der Situation, die wir haben. Ich würde beliebt machen, aus diesem Grund, aber auch aus Gründen der Fairness dem Gastronomen, den man für das Essen vorgesehen hat, zu sagen, dass wir dieses Jahr leider nicht kommen. Wir wissen nicht, wie es aussieht, ob die Pandemie hinaufgeht oder hinuntergeht. Daher würde ich beliebt machen, dieses Jahr auf das Weihnachtsessen zu verzichten.

Abstimmung

Der Antrag von GR Portmann wird angenommen. Die Stadtkanzlei wird gebeten, dies dem Gastronomen möglichst zeitnah mitzuteilen.

20.6 Familien- und Freizeitbad Egelsee

SR Raggenbass: Ihr konntet die Information, die heute verschickt wurde, vielleicht schon lesen. Es geht um das Familien- und Freizeitbad Egelsee. Wir sind mit der Projektjury und der Baukommission und allen Beteiligten so weit. Grundsätzlich ist das Projekt auf Kurs. Es ist toll und gut. Dennoch hat sich in den vertieften Prüfungen und im Erarbeiten des jetzt vorliegenden Bauprojekts gezeigt, dass der Baugrund, auf dem das Projekt erstellt wird, in einem wesentlich schlechteren Zustand ist. Das heisst, es müssen mehr Altlasten saniert werden als ursprünglich geplant. Zudem erfordert der bestehende Teil mehr Sanierungen in verschiedenen Bereichen, u.a. Brandschutz, was uns sehr überrascht hat und was nun Mehrkosten zur Folge hat. Diese Kosten werden gesamthaft auf CHF 1.9 Mio. prognostiziert. CHF 200'000 wurden von der Sekundarschulbehörde bereits genehmigt. Für CHF 1.7 Mio. werden wir im Dezember eine Botschaft an euch richten in der Hoffnung, ihr seid nach wie vor überzeugt von diesem sehr guten Projekt und werdet euch positiv zu den Mehrkosten äussern. Alles Weitere folgt, daher möchte ich dazu nicht länger werden. Die Informationen habt ihr per Medienmitteilung bereits erhalten.

20.7 Erneutes Rückkommen zu Traktandum 17

GR Huber: Nochmals kurz ein Rückkommen auf die Wohnbaugenossenschaft und den Baurechtsvertrag. Ich danke dem Stadtrat für die konstruktive und wohlwollende Zusammenarbeit und die absolut perfekte Botschaft, die eigentlich keine Beanstandungen gab. Ich danke dir, Michael Stahl für deinen Einsatz, das war eine Superleistung, das haben wir gut gemacht Thomas, danke vielmals. Ich danke der AuA für die vielen kritischen Fragen und auch die ehrlich gemeinten Anmerkungen zur Wohnbaugenossenschaft und zu dem Projekt. Wir von der WeBeGe hatten nichts zu verbergen und wir haben in dieser Geschichte transparent informiert. Ich danke der Freien Liste und auch der Mehrparteienfraktion FDP/CVP/EVP, wie ich sie immer nenne, für die Fragestunde, an der ich teilnehmen durfte. Ich war auch der Meinung, dass ich euch ohne doppelten Boden alle Fragen beantworten konnte und habe auch all eure kritischen Voten aufgenommen, damit wir das auch für die weiteren Wege berücksichtigen können. Ich danke auch dir René Knöpfli für dein Votum zur Wohnbaugenossenschaft. Es war auch wichtig, etwas dazu zu machen. Im Prinzip geht es genau in diese Richtung. Wir hatten in den 70er- und 80er-Jahren recht viele Genossenschaften, angefangen mit der Eishalle Kreuzlingen-Konstanz, Badi Hörnli, Camping. Vermutlich gab es noch viele mehr. Das waren auch Freisinnige, die diese Genossenschaften gründeten, um die Stadt zu entlasten und etwas zu machen. Ich hoffe, wir können da in die gleiche Richtung ziehen und da auch wieder etwas machen, damit am Schluss ein Teamwork daraus wird, wie wir es jetzt hatten und wir mit der Stadt zusammen etwas realisieren können. Zum Schluss ein ganz herzliches Dankeschön an meine Parteikolleginnen und -kollegen, die mir in diesem

Projekt immer tatkräftig zur Seite standen. Danke vielmals. Das hat nun aber noch eine Kehrseite: Auf mich wartet jetzt viel Arbeit, damit ich das so hinbekomme, wie ich es euch versprochen habe. Da wartet viel Arbeit auf mich und Joel, damit wir das zum Fliegen bringen. Ich danke euch nochmals für eure wohlwollende Unterstützung.

Der Ratspräsident: Wir werden am kommenden Wochenende viele, teilweise konträre Demonstrationen vor allem in Kreuzlingen/Konstanz erleben. Sollte es den einen oder anderen Stadtrat oder Gemeinderat geben, der sich der einen oder anderen Demonstration anschliessen möchte, bitte ich, das zu tun in der Überzeugung, dass alle das Recht haben, ihre Überzeugungen in Demonstrationen friedlich und gesetzeskonform kundzutun. Auch diejenigen und besonders diejenigen, die nicht der eigenen Meinung und Haltung entsprechen. Ich wünsche euch daher ein friedliches, gewaltfreies und besonderes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

20.8 Schriftliche Anfrage "Baden im Seeburgpark"

Anmerkung der Protokollführung: Die schriftliche Anfrage der SP/GEW/JUSO-Fraktion wurde erst nach dem Ende der Sitzung festgehalten. Sie wird zur Beantwortung an den Stadtrat übergeben.

Sitzungsende: 23.38 Uhr

Beilagen

1. Tischvorlage zu Traktandum 18
2. Schriftliche Anfrage "Baden im Seeburgpark"

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Die Gemeinderatspräsidentin

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Die Stimmenzählerin

Totalrevision des Reglements der Geschäftsprüfungskommission der Stadt Kreuzlingen

Tischvorlage

Synoptische Übersicht
Anträge Kommission AuA aufgrund der Vorberatung am 9. September 2020

25. September 2020

		Gemäss Botschaft		Antrag AuA
Art. 1 Auftrag	2	Die GPK erfüllt die ihr gesetzlich und insbesondere durch Art. 39 Abs. 2 GO übertragenen Aufgaben. Sie prüft die Tätigkeit der gesamten Verwaltung in allen Belangen systematisch und umfassend, soweit dies nicht Aufgabe einer anderen Kommission ist. Der Begriff der "Verwaltung" ist weit zu verstehen und beinhaltet insbesondere die Tätigkeit:	2	Die GPK erfüllt die ihr gesetzlich und insbesondere durch Art. 39 Abs. 2 GO übertragenen Aufgaben. Sie prüft die Tätigkeit der gesamten Verwaltung in allen Belangen systematisch und umfassend, soweit dies nicht Aufgabe einer anderen gemeinderätlichen Kommission ist. Der Begriff der "Verwaltung" ist weit zu verstehen und beinhaltet insbesondere die Tätigkeit:
	
Art. 2 Grundsätze der politischen Kontrolle	2	Die GPK stellt fest, ob der Stadtrat und die Verwaltung die gesetzten Ziele erreichen. Sie wirkt durch ihre Tätigkeit darauf hin, dass die Begehren und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger rasch und sachgemäss behandelt werden, dass die Arbeitsziele, die einzelnen Arbeitsschritte, die vorgegebenen Termine eingehalten und die Geschäfte zielstrebig abgewickelt werden.	2	Die GPK prüft stellt fest, ob der Stadtrat und die Verwaltung die gesetzten Ziele erreichen. Sie wirkt durch ihre Tätigkeit darauf hin, dass die Begehren und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger rasch und sachgemäss behandelt werden, dass die Arbeitsziele, die einzelnen Arbeitsschritte, die vorgegebenen Termine eingehalten und die Geschäfte zielstrebig abgewickelt werden.
Art. 7 Aktivitäten aufgrund eines Beschlusses der GPK	4	Die antragstellende Person ist nicht am Verfahren beteiligt. Sie hat das Recht auf eine kurz gefasste Antwort, wie mit dem Antrag verfahren wurde.	4	Antragstellende Dritte sind Die antragstellende Person ist nicht am Verfahren beteiligt. Sie haben hat das Recht auf eine kurz gefasste Antwort, wie mit dem Antrag verfahren wurde.

Art. 8 Prüfungshandlungen, Prüfverfahren	4	Die Resultate der durchgeführten Kontrollen werden in einem schriftlichen Kurzbericht zusammengefasst und in der nächsten Sitzung der GPK diskutiert und darüber Beschluss gefasst. Grössere Unregelmässigkeiten sind der GPK sofort mitzuteilen.	4	Die Resultate der durchgeführten Kontrollen werden in einem schriftlichen Kurzbericht zusammengefasst und in der nächsten Sitzung der GPK diskutiert und darüber Beschluss gefasst. Grössere Unregelmässigkeiten Unregelmässigkeiten, die sofortige Massnahmen erfordern, sind der GPK sofort mitzuteilen.
Art. 14 Inkrafttreten	Das Reglement tritt auf einen vom Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.	Das Reglement tritt auf einen vom Stadtrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft und ersetzt die Richtlinie vom 17. Dezember 1989.		



Kreuzlingen, 01. Oktober 2020

Schriftliche Anfrage „Baden im Seeburgpark“

Liebe Mitglieder des Stadtrates

Was für ein Glück die Lage unserer Stadt am Bodensee bedeutet, haben uns die heissen Sommer der letzten Jahre eindringlich vor Augen geführt. Und es wurde in diesem Sommer, in dem viele Leute die Ferienzeit zu Hause verbrachten, nochmals besonders deutlich. Sowohl im Freibad Hörnli und von der Surferwiese als auch vom Ufer im Seeburgpark aus haben viele Menschen die Möglichkeit eines kühlenden Bades genossen. Allerdings ist der Einstieg in den See im Seeburgpark ziemlich schwierig. Das Steigen über die grossen, glitschigen, teils scharfkantigen Steine des flachen Ufers ist für alle ein Balanceakt. Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, für ältere Leute und für kleinere Kinder bedeutet diese Art der Uferbefestigung eine eigentliche Barriere für ein Bad im See. Wenn man nun das Ufer stellenweise so gestalten könnte, dass der Einstieg sicher und ohne Verletzungsgefahr möglich wäre, so bedeutete dies für alle Badewilligen einen grossen Mehrwert.

Der Seeburgpark ist ein Schmuckstück und liegt wahrscheinlich fast allen Kreuzlingerinnen und Kreuzlingern sehr am Herzen. Es gelingt gut, die verschiedenen Ansprüche an den Park zusammenzubringen: Einen naturnahen Park und Landschaftsraum zu erhalten und dabei den Bedürfnissen ganz unterschiedlicher Nutzergruppen wie Sportlerinnen, Spaziergängern, Hundebesitzerinnen, Jugendlichen und Familien zu entsprechen. Dem grossen Bedürfnis, im See zu baden, kann aber bisher nur ungenügend entgegengekommen werden. Mit einer stellenweise besser begehbaren Uferbefestigung, z.B. mit Streifen von grobem Rundkies, könnte es auf einfache Weise gelingen, den Zugang zum Bodensee für alle zu erleichtern. Vielleicht wäre dort sogar ein Sandstrand für Kreuzlingen möglich?

Der angesprochene Uferabschnitt ist bereits jetzt ein für Freizeitaktivitäten stark genutzter und wenig naturnah gestalteter Bereich. Durch eine badefreundlichere Gestaltung an dieser Stelle könnten tendenziell die für die Tier- und Pflanzenwelt wichtigen, bewachsenen Uferabschnitte von Störungen durch Badegäste entlastet werden.

Wir bitten deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie könnten der Uferbereich des Seeburgparkes zwischen Seeburgturm bei der Wulesaueninsle und Seemuseum stellenweise so gestaltet werden, dass ein Einstieg für Badende einfach und verletzungsfrei möglich ist?
- Wo und wie könnte im Seeburgpark ein Sandstrand für die Bevölkerung angelegt werden?
- Welchen Spielraum bietet hier der Richtplan Seeburgareal? Was wäre das Prozedere für eine Anpassung des Richtplans?
- Wie hoch schätzt der Stadtrat den Aufwand für die verschiedenen baulichen Massnahmen ein?

Für die Fraktion SP/Juso/Gewerkschaften

E. Müller

Elina Müller

K. Wittgen

Kathrin Wittgen

A. Kuster
M. ...
...

F. ...
Lisi Dims
C. ...
...